

# Dossier Kasachstan (Januar 2022)

## Inhaltsverzeichnis

ZdA (PdA): Kasachstan: Demonstrationen gegen hohe Brennstoffpreise stürzen Regierung, ausländische Truppen sollen Lage „stabilisieren“ (6. Januar 2022).....	2
Die Kommunistische Arbeiterpartei Russlands bekundet Klassensolidarität mit streikenden Arbeitern in Kasachstan (7. Januar 2022).....	3
Marx21: Revolutionäre Stimmung in Kasachstan? (8. Januar 2022).....	6
KPRF: Erklärung des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation zu den Ereignissen in Kasachstan: Die Stimme der Werktätigen Kasachstans muss trotz der Provokateure gehört werden! (12. Januar 2022).....	9
KKE: Die Ursache für die Massenmobilisierung des Volkes liegt in den enormen Problemen des Volkes, die durch die Restauration des Kapitalismus hervorgerufen wurden (13. Januar 2022).....	15
Offensiv (Marxistische Organisation): Volksaufstand in Kasachstan sieht sich mit rücksichtsloser Repression konfrontiert (13. Januar 2022).....	20
Nuevo Rumbo (PCTE): Ainur Kurmanov, Vorsitzender der Sozialistischen Bewegung Kasachstans: "Die USA, die EU, Russland und China haben das derzeitige Regime in Kasachstan verteidigt". (17.01.22).....	26
Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien: Zu den wertvollen Erfahrungen der Massenstreiks und -demonstrationen der Arbeiterklasse und des Volkes von Kasachstan (18. Januar 2022).....	32
MLPD: Die DKP und Kasachstan. Eine Schande für jeden ehrlichen Kommunisten (18. Januar 2022).....	33
KKE/KNE: KKE and KNE expressed their solidarity with the people of Kazakhstan (19. Januar 2022).....	35
Dimitri Nowikow (KPRF): Destruktive Kräfte versuchten die gerechtfertigte Unzufriedenheit der Werktätigen Kasachstans zu nutzen. Vom berechtigten Protest zum Terror (21. Januar 2022).....	35
Rizospasis (KKE): Der Klassenkampf lässt sich nicht beschmutzen, er war und bleibt der „Antrieb“ der gesellschaftlichen Entwicklung (22. Januar 2022).....	38

## **ZdA (PdA): Kasachstan: Demonstrationen gegen hohe Brennstoffpreise stürzen Regierung, ausländische Truppen sollen Lage „stabilisieren“ (6. Januar 2022)**

Quelle: <https://zeitungderarbeit.at/international/kasachstan-demonstrationen-gegen-hohe-brennstoffpreise-stuerzt-regierung-auslaendische-truppen-sollen-lage-stabilisieren/>

Nur-Sultan/Almaty/Schangaösen. In mehreren Landesteilen Kasachstans demonstrieren hunderte bis tausende Menschen – genaue Zahlen liegen den meisten bürgerlichen Medien nicht vor, weil das kasachische Regime versucht, die Informationsweitergabe gering zu halten. Mehrere bürgerliche Medien berichten, dass einige Hunderte wegen „Terrorismus“ und „aufrührerischem Verhalten“ festgenommen worden seien. Video- und Medienberichten zufolge schießen Militär und Polizei in die Menge oder geben Warnschüsse ab.

Der Hintergrund der aktuellen blutigen Proteste liegt in gestiegenen Gas- und Ölpreisen, welche in Kasachstan die wachsende Prekarität und Armut innerhalb der Arbeiterklasse massiv anheizt. In einem der ökonomischen Zentren des Landes, Almaty, wurde das Bürgermeisteramt gestürmt und es wurden Brände gelegt, so auch in der Präsidentenresidenz. Die Demonstranten geben sich mit den Versprechen der mittlerweile abgesetzten Regierung nicht zufrieden, wonach man die Gaspreise doch nicht erhöhen werde. Sie fordern den Rücktritt des gesamten kasachischen Regimes, inklusive des Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew, der ein Nachfolger des jahrzehntelang amtierenden Nursultan Nasarbajew ist. Nasarbajew hat nicht nur die Zerstörung der UdSSR vorangetrieben, welche die Arbeits- und Sozialrechte des kasachischen Volkes im Sozialismus gegen die gegenwärtigen „Vorzüge“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise eingetauscht hat. Unter Nasarbajew wurden die Kommunistische Partei Kasachstans sowie die Sozialistische Bewegung Kasachstans illegalisiert. Mehrere führende Mitglieder der Parteien wurden ermordet oder ins Exil getrieben. Selbiges gilt für klassenkämpferische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

### Arbeitsniederlegungen und blutige Repression

Die Preissteigerungen bei Brennstoffen sind eigentlich nicht erklärbar: Die ehemalige sozialistische Sowjetrepublik ist reich an Rohstoffen wie Gas und Erdöl, neben anderen wertvollen Ressourcen wie Uran. Die Proteste, welche nicht zuletzt von Streikkollektiven und Branchengewerkschaften mitorganisiert wurden, haben im industrialisierten, mineralreichen Westteil des Landes ebenfalls einen bedeutenden Ausgangspunkt.

Den traurigen Höhepunkt der staatlichen Repression gegenüber den Gewerkschaften fand im Rahmen der Streikbewegung von Oktober bis Dezember 2011 statt, als mehrere Streikende erschossen und Tausende in überfüllte Gefängnisse, Keller, Fabriken und leerstehenden Häusern gesperrt wurden. In den großen, teilstaatlichen Bergbau- und Erdgasgesellschaften, teils ausländischen Joint-Ventures am Kaspischen Meer, spielt auch der chinesische Staat eine zunehmend einflussreiche Rolle dabei, gemeinsam mit dem kasachischen Regime die Illegalisierung und Repression gegen Gewerkschafter und Betriebsratsgründungen durchzusetzen.

Aber auch der EU-Imperialismus und die USA versuchen, Kasachstan über Wirtschafts- und Militärverträge stärker für ihre jeweiligen Interessen zu integrieren – mit mäßigem Erfolg.

In der gesamten Region Mangystau sei Meldungen der Sozialistischen Bewegung Kasachstans und einzelnen bürgerlichen Medien zufolge de facto ein Generalstreik ausgebrochen, der die Chance hat, auf andere Landesteile überzugreifen. In Städten wie Almaty weigern sich Demonstranten, ihre Protestcamps an öffentlichen Plätzen aufzulösen.

Kasachischer Präsident bittet um „Friedenstruppen“

Dieses Tauziehen der imperialistischen Mächte wie Russland, China, der EU und der USA überraschen nicht, da Kasachstan in einer geostrategisch sensiblen Position im Ländereck zwischen Russland, China, Iran (zwischen beiden Ländern befindet sich das Kaspische Meer) liegt und ökonomische Chancen bietet. Da die demokratischen Rechte des Volkes, wie z.B. das der Freiheit von Gewerkschaften, nicht existieren und bürgerliche Wahlen immer wieder unter Kritik standen, manipuliert worden zu sein, bieten sie genau jene Form kapitalistischer Stabilität, die für imperialistische Staaten geschäftsfördernd ist.

Präsident Tokajew hat nun mehrere seiner militärischen Bündnispartner wie Armenien und Russland aufgefordert, „Friedenstruppen“ zu entsenden, um die Lage zu stabilisieren. Sowohl in Aussagen der russischen Regierung wie auch des kasachischen Regimes selbst werden die Protestierenden als „ausländische Agenten“ sowie die Bewegung als Ganzes als „von außen gesteuert“ verunglimpft.

Auch der chinesische Staat, der durch Kapitalinvestitionen sowie durch ihr Managerpersonal in den großen Monopolkonzernen Kasachstans vertreten ist, hat kein Interesse an einer Intensivierung der Klassenkämpfe. Offenbar sind auch chinesische Joint-Ventures Austragungsorte von Streiks – Betriebe, in denen die Koalitionsfreiheit der Beschäftigten unterdrückt wird.

Viele dieser Erfahrungen, welche das kasachische Volk seit 30 Jahren durchmacht, bestätigen, dass die Zerstörung des Sozialismus eine Niederlage für die Völker und die Arbeiterklasse der ehemaligen Sowjetunion darstellt.

## **Die Kommunistische Arbeiterpartei Russlands bekundet Klassensolidarität mit streikenden Arbeitern in Kasachstan (7. Januar 2022)**

Quelle: <http://solidnet.org/article/RCWP/> (eigene Übersetzung)

### **Erklärung des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands**

Der Beginn des Jahres 2022 war in Kasachstan durch einen Streik der Arbeiter in der Region Mangistau gekennzeichnet. Der Grund dafür war der schockierende Anstieg der Benzinpreise um das Doppelte. Der wahre Grund ist, dass 30 Jahre kapitalistische Herrschaft in Kasachstan zu einer enormen Verschärfung der sozialen Widersprüche geführt haben. Der Luxus der Eliten koexistiert mit der Armut der arbeitenden Massen. Ein besonderer Hass des Volkes wird durch den Wohlstand

und die Herrschaft des Clans von Nasarbajew, dem ehemaligen Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans, geweckt, der vom Mitstreiter zum Herrn und Garanten der Ausbeuterklasse wurde.

Die ersten Forderungen der Streikenden waren rein wirtschaftlicher Natur: niedrigere Gaspreise für die Verbraucher, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Der Streik begann in der uns und der ganzen Welt bekannten Stadt Zhanaozen, wo es 2011 einen einmonatigen Streik der Ölarbeiter gab, der von den Behörden brutal unterdrückt wurde. Auf Demonstranten wurde geschossen. Dutzende von Arbeitern wurden getötet, Hunderte verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Die RKR, die ROT FRONT und viele kommunistische und Arbeiterparteien der Welt drückten daraufhin ihre brüderliche Solidarität mit den Streikenden aus, protestierten wütend gegen das unmenschliche Massaker und führten zahlreiche Unterstützungsaktionen durch. Unsere Parteivertreter riskierten ihr Leben, um an den Ort des Geschehens zu reisen, wo sie mit den Arbeiterführern zusammentrafen, materielle Unterstützung leisteten und bei den regionalen Behörden heftig protestierten. Es war kein Zufall, dass die in Klassenkämpfen abgehärteten Arbeiter von Zhanaozen zur Vorhut des neuen Klassenaufstandes wurden.

Die Ereignisse überschlugen sich. Da die Behörden in der Regel nicht auf die Proteste der Arbeiter reagierten, erfasste der Streik innerhalb weniger Tage die gesamte Region und weitete sich dann zu Massenunruhen aus. Die Arbeiter wurden von der Stadtbevölkerung unterstützt, und später streikten Arbeiter in vielen Regionen Kasachstans in Solidarität mit ihren Klassenkameraden. Die Behörden zeigten sich bereit, teilweise Zugeständnisse zu machen. Aber die Arbeiter und das Volk, das sich erhoben hatte, gaben sich nicht länger mit einem armseligen Almosen auf der Schulter des Barden zufrieden. Die Behörden begannen, Truppen in Richtung der großen Städte abzuziehen. Und dann revoltierten die Massen der protestierenden Menschen in Kasachstan buchstäblich, indem sie politische Forderungen stellten, die Regierung des Landes zu entlassen und den Nasarbajew-Clan zu verlassen, der allen langweilig ist.

Die Behörden haben wirklich Angst vor der Macht des vereinigten Volkes, und der Präsident hat alle wirtschaftlichen Forderungen erfüllt und die Regierung entlassen.

Man darf sich jedoch nicht selbstzufrieden zurücklehnen und den Sieg feiern. Die Macht im Lande liegt weiterhin in den Händen des Großkapitals. Die Truppen sind noch nicht in ihre ständigen Stützpunkte zurückgekehrt. Die Unternehmen befinden sich in den Händen der früheren Eigentümer. Die Behörden haben sich bereits an ihre Partner in der OVKS gewandt, die sich der Gefahren bewusst sind, die das Beispiel des Volksaufstandes für andere Republiken mit sich bringt. Es sollte klar sein, dass die kasachische Bourgeoisie bereits 2011 mit der Erschießung der Arbeiter von Zhanaozen eine Grenze überschritten hat. Heute werden sie wahrscheinlich vor nichts zurückschrecken. Bei der geringsten Gelegenheit werden alle Zugeständnisse der Herrschenden zurückgenommen, und die Repression wird mit der gleichen Wut zurückkehren. Das Kapital kann ohne Ausbeutung nicht existieren. Deshalb müssen sich die Arbeiter in Klassenorganisationen organisieren und nicht für die Ersetzung eines Clans durch einen anderen kämpfen, sondern für ihre eigene Arbeitermacht. Die Kommunisten stellen fest, dass diese Proteste nicht ohne Beteiligung anderer kapitalistischer Clans, die gegen die Familie Nasarbajew sind, stattfinden - zu offensichtlich

war die Synchronisierung der Proteste und die Einseitigkeit der Slogans. Es ist kein Geheimnis, dass seit vielen Jahren verschiedene NRO, die vom Kapital, einschließlich großer ausländischer Länder, finanziert werden, an der Vorbereitung von Universalaktivisten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetrepubliken arbeiten. Die Aktivisten haben ihr eigenes Hauptquartier, ihre eigenen Finanzen, ihre eigenen Verbindungen und versuchen ab einem bestimmten Punkt, die Proteste zu satteln und sie in die von ihren Herren gewünschte Richtung zu lenken, wobei alles darauf hinausläuft, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, die privaten Eigentumsverhältnisse aber intakt zu lassen. Jeder Massenprotest der Bevölkerung erweckt verschiedene soziale Schichten zum politischen Leben. Unsere Partei bringt ihre bedingungslose Unterstützung für die Arbeiter zum Ausdruck, die gegen die Abscheulichkeiten des Kapitalismus und der herrschenden Klasse kämpfen, die jegliche Scham verloren hat. Wir sehen in ihrem Kampf das Wachstum des Selbstbewusstseins der Arbeiterklasse, die Aneignung unschätzbare Erfahrungen im erfolgreichen Kampf und das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Klassenorganisation. Von besonderer Bedeutung ist die Einsicht in die Notwendigkeit der Klassensolidarität, der Übergang von Forderungen an einen Herrn zu Forderungen an die gesamte herrschende Klasse und von rein wirtschaftlichen zu politischen Forderungen. Wir verurteilen aufs Schärfste die Aktionen der deklassierten Elemente, Provokateure und Marodeure, die sich dem Volksprotest angeschlossen haben, die Leistung des multinationalen Proletariats von Kasachstan in Misskredit bringen und es den Behörden erleichtern, die Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen im Namen des "Schutzes der Bevölkerung vor Terroristen" gewaltsam zu unterdrücken.

Wir können sehen, dass die revolutionäre Situation noch weit entfernt ist. Die Arbeiter in Kasachstan haben noch keine Organisation, geschweige denn ein kommunistisches Bewusstsein. Aber sie haben in ihrem Kampf einen Schritt nach vorne gemacht, und dieser Schritt muss unsere Unterstützung finden.

Die kasachischen Behörden und die Bourgeoisie der Russischen Föderation sind mit einer Stimme dabei, den Klassencharakter der Ereignisse zu umgehen und versuchen, deren Bewertung auf die Einschüchterung des "Maidan" zu reduzieren. Pogromisten und Nationalisten spielen bereits eine provokative Rolle in den Reihen der Demonstranten. Dies ist eine altbekannte Taktik der Bourgeoisie - das Wesen der Ereignisse zu verzerren, sie vom Klassenkampf auf Verschwörungen und Putsche zu reduzieren. Die Kommunisten haben bereits ihre Lehren aus den Ereignissen in der Ukraine gezogen und warnen seit langem, dass es für die Bourgeoisie profitabel gewesen wäre, den Maidan als Vogelscheuche zu erfinden, selbst wenn es ihn nicht gegeben hätte.

Wir wissen, dass jeder Schritt im Klassenkampf ein Schritt nach vorn ist. Heute werden sie lernen, begrenzte Forderungen zu stellen, sie werden ihre Stärke spüren, sie werden eine Preissenkung und den Rücktritt der Regierung erreichen, morgen werden sie eine Partei finden, die den Weg kennt - sie werden es herausfinden und weitergehen - in Richtung Sozialismus.

Wir protestieren gegen den Einsatz der CSTO-Truppen als Gendarmen!

Wir protestieren gegen die Einmischung der Russischen Föderation in die Angelegenheiten Kasachstans und die mögliche Nutzung der Erfahrungen mit der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes im Oktober 1993 durch die russischen Behörden.

Wir fordern, dass die kasachischen Behörden keine Repressionen gegen die Bevölkerung zulassen, wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen, einschließlich derjenigen, die wegen ihrer Teilnahme an den Protesten in Zhanaozen im Jahr 2011 verurteilt wurden.

Wir fordern die Freiheit der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei der Republik und die Legalisierung der Sozialistischen Bewegung Kasachstans;

Nein zur Faschisierung der Regime und Behörden der CSTO!

**Es lebe die Klassensolidarität!**

**Es lebe der proletarische Internationalismus!**

**Arbeiter Russlands! Erhebt euch gemeinsam mit unseren kasachischen Klassenbrüdern zum Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals!**

## **Marx21: Revolutionäre Stimmung in Kasachstan? (8. Januar 2022)**

Quelle: <https://www.marx21.de/revolutionaere-stimmung-in-kasachstan/>

Die Ereignisse in Kasachstan überschlagen sich. Seit dem Abend des 2. Januars erlebt das Land Unruhen, Aufstände und Streiks. Eine revolutionäre Stimmung liegt in der Luft. Von Lina Berg Auslöser der Proteste war, dass die Regierung die Preise für Flüssiggas nicht mehr subventionierte, sondern, auch auf Drängen des Internationalen Währungsfonds (IWF), frei gab. Dadurch haben sich seit Jahresbeginn die Gaspreise verdoppelt. Viele Menschen in Kasachstan tanken Gas und sind somit unmittelbar von den erhöhten Preisen ökonomisch betroffen.

Die Proteste begannen in der Industriestadt Schangaösen. Kurz darauf wurden andere Regionen und Städte ebenfalls von Massenprotesten erfasst. Hierzu zählen die größte Stadt Almaty als auch die Hauptstadt Nur-Sultan, welche nach dem ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew benannt ist. Die Regierung nahm nach den Protesten die Gaspreiserhöhung wieder zurück, doch die Massenbewegung konnte sie dadurch nicht mehr aufhalten. Auch dass Präsident Kassym-Jomart Tokajew erklärte, dass die Regierung, als auch der Vorsitzende des Sicherheitsrates, der ehemalige Präsident Nursultan Nasarbajew, zurücktreten, konnte die Protestierenden nicht beschwichtigen.

Bereits am 6. Januar entsandte Russland sogenannte »Friedenstruppen« nach Kasachstan, um »die Lage zu stabilisieren«. In anderen Worten: um seine Interessen zu sichern und dem kasachischen Staat dabei zu helfen die Proteste gewalttätig niederzuschlagen.

Schon im Jahr 2011 hatten in Schangaösen Beschäftigte in der Ölindustrie für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Der Streik wurde damals von »Unbekannten« angegriffen. Nach Regierungsangaben wurden 16 Menschen getötet. Journalist:innen gehen jedoch von deutlich mehr Toten aus. Eine unabhängige Untersuchung steht bis heute aus.

Größere Proteste gab es auch schon in den 1980er Jahren, als Kasachstan noch eine Republik der Sowjetunion war. Die Proteste wurden damals blutig niedergeschlagen.

Ursachen des Aufstands in Kasachstan

In letzter Zeit, auch im Zuge der Corona-Krise, wurden vor allem Lebensmittel teurer, die Inflationsrate betrug laut Handelsblatt im Jahr 2021 11 Prozent für diese Waren. Die Krise traf wie so oft besonders die Armen. Die allgemeine Inflationsrate lag bei 9 Prozent.

Das Durchschnittseinkommen liegt in Kasachstan bei 350 Euro monatlich. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Bruttolohn liegt in Deutschland bei 3.100 Euro, also fast neunmal so hoch. Dennoch sind laut FAZ viele Supermarktartikel in Kasachstan teurer als in Deutschland.

Der Reichtum des Landes ist sehr ungleich verteilt. Die öffentliche Infrastruktur – Straßen, Schulen, Krankenhäuser – verfällt stetig. Fast der gesamte Reichtum des Landes fließt zu den Reichen, die in der Hauptstadt Nur-Sultan (1,1 Millionen Einwohner:innen) oder in Almaty, der größten Stadt Kasachstans (1,8 Millionen Einwohner:innen), leben. Nasarbajew und seine Familie und Bekannten haben Schätzungen zufolge mehrere Milliarden US-Dollar an Vermögen in Europa und in den USA. Aktuell soll sich Nasarbajew nach Dubai abgesetzt haben. Das Regime nutzte die Corona-Pandemie, um die staatliche Repression gegen die Bevölkerung zu verstärken und auszuweiten.

Kasachstans Wirtschaft

Zu den wichtigsten Einnahmequelle des Landes zählen der Export von Öl und Erdgas. 13 Prozent von Kasachstans Exportgütern gehen nach China, 12 Prozent nach Italien und 10 Prozent nach Russland. Russland importiert kasachisches Uran und zahlt jährlich 115 Millionen Dollar für die Nutzung des kasachischen Weltraumhafens Baikonur. Von der weltweiten Uranproduktion entfallen 40 Prozent auf Kasachstan.

34 Prozent der kasachischen Importe kommen aus Russland und 24 Prozent aus China. Auch ein großer Teil der Auslandsinvestitionen stammt aus Russland, doch größter ausländischer Investor sind laut US-Handelsministerium die Niederlande. (Royal Dutch Shell ist eigentlich in London registriert, also englisch.) An zweiter Stelle stehen die USA. Kasachstan galt unter Nursultan Nasarbajew als »politisch stabil«. US-Konzerne haben insbesondere im Öl- und Gasgeschäft investiert. China importiert Gas, Öl und Kohle aus Kasachstan.

Auch Deutschland importiert aus Kasachstan Erdöl und die hochtechnologisch wichtigen Seltenen Erden. In Kasachstan sind knapp 500 deutsche Unternehmen tätig, darunter Baustoffhersteller Knauf, Industriegas Linde, Landmaschinenhersteller Claas, Siemens Energy und Heidelberg-Cement.

Geostrategisch lavierte das Regime seit der Unabhängigkeit Kasachstans zwischen den Großmächten Russland, USA, China und Europa. Kasachstan hat zu viele Bodenschätze, als dass eine dieser Mächte es einer anderen überlassen könnte.

### Chronologie der Proteste 2022

Was als sozialer Protest von Gewerkschaften und Beschäftigten anging, erreichte schnell ein Ausmaß, das niemand erahnen konnte. Bereits am 3. Januar wurde in der Region Mangistau ein Generalstreik ausgerufen, um Forderungen wie eine hundertprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Schon am Tag darauf schlossen sich Beschäftigte benachbarter Regionen an, unter anderem in der Ölindustrie in Tengizchevroil. Noch am selben Abend gab es in vielen Regionen politische Protestkundgebungen. Am Mittwoch standen landesweit die allermeisten Kupferhütten, Betriebe der Ölindustrie und Bergwerke still.

»Hüttenwerke in Balkhash in Kasachstan haben Produktion eingestellt Beschäftigte der Metallindustrie schlossen sich den Protesten an.« – Twitter

Bereits am Abend des 4. Januar versuchten Militär und Polizei, friedliche Kundgebungen in vielen Städten und Regionen des Landes, auch in der größten Stadt Almaty, zu unterbinden. Es kam zu gewaltsamen Übergriffen sowohl der Polizei als auch von Armee und Nationalgarde. Während einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude in Almaty kam es zu einem Schusswechsel, dann wurden die Demonstrierenden von Einheiten der Nationalgarde umstellt. Doch nicht in allen Teilen des Landes ist die Aggression des Staates in dem Maß zu spüren. In den sozialen Medien mehren sich Berichte und Videos von Polizeikräften und Soldaten, die sich vor den Demonstrierenden ergeben und ihre Waffen niederlegen. Teilweise schlossen sie sich den Protesten an.

### Der Beginn eines Generalstreiks

Was als Streik in der Mineralindustrie anging, ergriff immer mehr Beschäftigte in Betrieben anderer Branchen. Immer mehr legten die Arbeit nieder, schlossen sich den Protesten an und unterstützten die Forderungen. Inzwischen beschränkt sich niemand mehr auf Forderungen gegen die steigenden Preise von Öl und Gas. So fordern die Demonstrierenden nicht nur die Senkung der Treibstoff- und Lebensmittelpreise, sondern auch die Herabsetzung des Rentenalters auf 58/60 Jahre, die Abschaffung aller Tochterunternehmen staatlicher Gesellschaften, die Erhöhung der Mindestrente und des Kindergeldes und die Abschaffung der Mautstraßen für kasachische Fahrzeuge.

»Die Proteste waren von Anfang an sozialer und klassenbezogener Natur. Die Verdoppelung des Flüssiggaspreises war lediglich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.«

So heißt es sinngemäß im Statement des Socialist Movement in Kasachstan vom 6. Januar 2021. Die Forderungen unterstreichen diese Einschätzung mehrfach. Niemand beschränkt sich mehr auf die steigenden Öl- und Gaspreise, die gesamte Stimmung im Land schreit nach einem Wandel, nach einer klassenbewussten und antiimperialistischen Politik.

Dass eine solche dringend notwendig sein wird, zeigte sich bereits am Tag darauf, als russische Truppen auf Einladung des kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew im Land einmarschierten, um das Regime bei der Niederschlagung des Aufstands zu unterstützen.



## **KPRF: Erklärung des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation zu den Ereignissen in Kasachstan: Die Stimme der Werktätigen Kasachstans muss trotz der Provokateure gehört werden! (12. Januar 2022)**

Quelle: <https://www.unsere-zeit.de/die-stimme-der-werktaetigen-kasachstans-muss-trotz-der-provokateure-gehört-werden-164607/>

Kasachstan durchlebt schwierige Tage. Die seit langem aufgestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung hat sich in gewalttätigen Ausbrüchen von Massenempörung und Protest entladen.

Jede breite Bewegung enthält verschiedene Komponenten. Die Ereignisse in Kasachstan umfassten soziale Unzufriedenheit, die Aktivität einer „fünfte Kolonne“ und Aktionen terroristischer Gruppen. Dabei schließt die „fünfte Kolonne“ hier Extremisten, die sich dem radikalen Islamismus verschrieben haben, sowie zahlreiche vom Westen großgezogene NGOs, einzelne Angehörige der bewaffneten Organe, die in dem trüben Wasser der Instabilität den unruhigen Gewässern der Instabilität Profite suchen und oligarchische Clans, die bereit sind, Massenproteste im Kampf um eine Umverteilung der Macht zu nutzen.

Die brüderlichen Völker Russlands und Kasachstans sind durch eine jahrhundertlange gemeinsame Geschichte eng miteinander verbunden. Wir haben die Sowjetunion gemeinsam geschaffen, wir haben gebaut und gesiegt, waren stolz auf die herausragenden wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften. Gemeinsam haben wir den Integrationsprozess durch die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit und des Vertrags über kollektive Sicherheit wiederbelebt.

Unsere Genossen und Freunde durchleben heute eine schwierige Zeit der Prüfungen. In ganz Kasachstan kam es zu Massenprotesten. In der südlichen Hauptstadt Almaty kam es zu blutigen Unruhen mit vielen Opfern und Zerstörungen.

Bei einer genauen und umfassenden Analyse der Ereignisse muss vieles berücksichtigt werden. Es ist völlig klar, dass die Situation in Kasachstan eine direkte Folge der Tragödie ist, die uns alle vor dreißig Jahren ereilt hat. Die Zerstörung der UdSSR, die Absage an das sozialistische System und die Sowjetmacht, legte zahlreiche Minen unter die neuen „unabhängigen und demokratischen“ Staaten. Der primitive Kapitalismus, in den die postsowjetischen Republiken hineingestürzt wurden, verdammt die Werktätigen unweigerlich zu Verarmung und Rechtlosigkeit und schuf eine empörende Ungleichheit. Gleichzeitig waren unsere Völker extrem anfällig für Bedrohungen von außen.

Entgegen den Versprechungen der liberalen Redner sind die neuen Staaten keine vollwertigen Mitglieder der „zivilisierten Welt“ geworden. Das globale Kapital hat für sie die Rolle von Rohstoffanhängeln und Absatzmärkten, Quellen billiger Arbeitskräfte und Spielfiguren für die geopolitischen Abenteuer der imperialistischen Mächte vorgesehen.

Auch Kasachstan geriet auf einen schwankenden Weg. Die fortgeschrittenen Produktionszweige gingen im Strudel der Privatisierung unter. Der Rohstoffsektor wurde an ausländisches Kapital vergeben. Die Konzerne Chevron und Exxon Mobil (USA), Total (Frankreich), Royal Dutch Shell (Großbritannien und die Niederlande) fassten im Öl- und Gassektor Fuß. ArcelorMittal, ein transnationaler Konzern, wurde der neue Eigentümer der Stahlindustrie.

Auch die junge Bourgeoisie Kasachstans profitierte von der Ausbeutung der Arbeits- und Rohstoffressourcen der Republik in enger Verbindung mit dem ausländischen Kapital. Außerdem ist sie – wie auch in Russland oder der Ukraine – im Prozess der „ursprünglichen Kapitalakkumulation“ vor nichts zurückgescheut. Viele der reichsten Menschen sind im Grunde genommen mit der Staatsmacht verschmolzen. Wie fast überall im postsowjetischen Raum ist auch in Kasachstan ein oligarchisch-kompradorisches System entstanden, das typisch für den wilden Kapitalismus ist.

Die Ungleichheit in der Republik nahm immer mehr zu. Die Menschen erhielten nur Brosamen aus dem gesamten Nationaleinkommen. Besitzunterschiede und soziale Spannungen nahmen zu. Im Jahr 2011 endete ein monatelanger Streik von Ölarbeitern in Shanaosen mit Zusammenstößen und dem Tod von 16 Menschen. Mit der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 63 Jahre für Männer und Frauen hat die Regierung ihre Haltung gegenüber den Menschen deutlich gemacht.

Die Coronavirus-Pandemie hat den Mythos des „sozialen Friedens“ in Kasachstan endgültig zerschlagen. Selbst die offizielle Armutsquote ist gestiegen. Wenn man den Weltstandard des Mindestbedarfs von 5,5 Dollar pro Tag berücksichtigt, ist jeder siebte Einwohner hier arm.

Erhebungen zufolge ist der Anteil derjenigen, die nicht einmal genug zu essen haben, von 3 auf 13 Prozent gestiegen. Weitere 44 Prozent geben an, dass sie nur genug Geld für Lebensmittel haben. Dabei ist die Zahl der Dollar-Milliardäre im ersten Jahr der Pandemie von vier auf sieben gestiegen, und ihr Gesamtvermögen hat sich fast verdoppelt.

In den letzten zwei Jahren hörten die Streiks in den Unternehmen in Kasachstan nicht auf. Die größten Aktionen fanden in den westlichen Regionen statt. Als Hauptquelle der wichtigsten Exportgüter – Erdöl und Erdgas – sind sie auch führend bei der Ungleichheit im Lande. Tausende von Menschen protestierten gegen Lohnrückstände und Entlassungen und forderten auf dem Hintergrund unaufhaltsamer Preissteigerungen Lohnerhöhungen. Selbst nach offiziellen Angaben lag die Inflation bei Lebensmitteln im Land in zwei Jahren bei 20 Prozent.

Die berechtigten Forderungen der unzufriedenen Bürger wurden von der Regierung ignoriert. Die soziale Unterstützung während der Pandemie erwies sich als eindeutig unzureichend. Strenge Quarantänemaßnahmen erregten die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Wie Russland hatte auch Kasachstan eine katastrophale „Optimierung“ des Gesundheitswesens durchlaufen, was sich unmittelbar auf auswirkte, wie dieses auf die Epidemie vorbereitet war.

Einige der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen wurden als Hohn empfunden. So hat der Präsident des Landes im Herbst den Bürgern versprochen, dass sie einen Teil ihrer Rentenbeiträge verwenden können. Wenige Tage vor dem Jahreswechsel wurde jedoch die „Suffizienzschwelle“, der kumulierte Mindestbetrag, ab dem Abhebungen von Mitteln zulässig sind, drastisch angehoben.

Für Einwohner im Alter von 59-62 Jahren beträgt sie mehr als 9 Millionen Tenge, also 1,5 Millionen Rubel. Doch die Zahl derer, die über solche „reichen Reserven“ verfügen, ist in Kasachstan verschwindend gering.

Anstatt die sozialen Probleme zu lösen, zog es die herrschende Klasse vor, die Gesellschaft zu spalten, indem sie Russophobie und ethnischen Hass provozierte. In den Schulbüchern erfahren junge Kasachen etwas über den „russischen Kolonialismus“ und den „blutigen sowjetischen Totalitarismus“. Eine Kampagne zur vollständigen Rehabilitierung aller „Opfer von Repressionen“, einschließlich von Kollaborateuren, die zu Hitler übergelaufen sind, wurde auf offizieller Ebene gestartet. Für Persönlichkeiten wie Mustafa Schokai, der mit den Nazis kollaborierte, wurden Denkmäler errichtet. Straßen und Schulen wurden nach ihnen benannt. Die Regierung spekulierte zunehmend über den „kasachischen Holodomor“ und verzerrte dabei grob die historischen Tatsachen. Regierungsnahe nationalistische Kräfte forderten direkt die Anerkennung der Hungersnot als „Völkermord“ und eine „endgültige Dekommunisierung“.

Mit destruktiver Besessenheit werden die letzten Lenin-Denkmäler im Land abgerissen, und Straßen, Stadtteile, Dörfer und ganze Städte umbenannt. Ende letzten Jahres schwappte eine neue Welle dieser politischen Scheußlichkeiten durch die Republik. Dutzende von Straßen wurden in Uralsk, Semej (früher Semipalatinsk) und anderen Städten umbenannt. In Karaganda wurde der Oktoberbezirk nach Alichan Bukejchanow benannt, dem Führer der bürgerlichen Alasch-Partei, der mit Koltschak und dem Ataman Dutow im Kampf gegen die Sowjetmacht verbündet war.

Trotz der offiziell verkündeten Völkerfreundschaft hat die Führung Kasachstans den Anwendungsbereich der russischen Sprache konsequent eingeschränkt und russischsprachige Bürger diskriminiert. Ende letzten Jahres verabschiedete das Parlament einen Gesetzentwurf, wonach visuelle Informationen ausschließlich in kasachischer Sprache veröffentlicht werden dürfen. Eine vollständige Umstellung des kasachischen Alphabets vom kyrillischen auf das lateinische Alphabet ist bis 2025 geplant.

Diese Art von Politik hat zu einer Massenabwanderung der Bevölkerung geführt. Der Anteil der Russen in der Republik ist in der postsowjetischen Zeit von 38 Prozent auf 18 Prozent gesunken. So verließen im Jahr 2019 45.000 Menschen das Land, 85 Prozent davon waren Russen, Ukrainer und Deutsche. Kasachstan hat ein staatliches Programm zur Umsiedlung von Bürgern der Titularnationalität in die nördlichen, überwiegend russischsprachigen Regionen.

Die „Sprachpatrouillen“ sind zu einer widerwärtigen Erscheinung geworden. Um die Einwohner der „titellosen“ Nation zu demütigen, verlangten deren Teilnehmer „vor laufender Kamera“ Entschuldigungen dafür, dass jemand die kasachische Sprache nicht kennt. Die Regierung hat lange Zeit die Augen davor verschlossen. Zögerliche Verurteilungen solcher Aktionen folgten erst nach einer breiten Resonanz in den russischen Medien.

Eine solche Politik wurde von zahlreichen pro-westlichen NGOs, die sich in der Republik festgesetzt haben, begrüßt. Die Regierung selbst unterstützt zwar die eurasische Integration, flirtete aber gleichzeitig mit westlichen Hauptstädten. Die Beziehungen zu den USA haben das Niveau einer „erweiterten strategischen Partnerschaft“ erreicht. Jedes Jahr finden in der Republik

gemeinsame Militärübungen mit der Bezeichnung „Steppenadler“ mit der NATO statt. Unter Beteiligung der Amerikaner wurden mehrere Biolaboratorien errichtet, deren Forschungen bei einheimischen und ausländischen Experten viele Fragen aufwerfen.

Im Grunde vernichtet die Regierung Kasachstans, indem sie die Nationalisten toleriert, die linke Opposition systematisch. Sowohl die Kommunisten als auch die unabhängigen Gewerkschaften sind zum Gegenstand starken Drucks geworden.

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer sozialen Explosion im Land. Das starke Anwachsen des Preises für Flüssiggas – direkt auf das Doppelte! – war der unmittelbare Anlass. Zuvor hatte die Regierung den Übergang zu „Marktpreisen“ und die vollständige Streichung von Subventionen angekündigt. Der Herd der Unzufriedenheit lag in Westkasachstan. Erstens ist Flüssiggas dort besonders weit verbreitet und dient zum Heizen von Wohnungen und zum Betanken von Autos. Zweitens wird der Brennstoff gerade in dieser Region durch die Anstrengungen vieler ihrer Einwohner produziert, aber den Menschen wurde gesagt, sie sollen das vergessen und sich dem „freien Markt unterwerfen“. Und drittens haben die vorangegangenen Krisenwellen den Westkasachstan am stärksten fühlbar getroffen und es zu einem Zentrum der Proteste gemacht.

Innerhalb weniger Tage hatte sich die Empörung auf andere Regionen der Republik ausgeweitet. Die Proteste verliefen zunächst friedlich. Die Teilnehmer an den Kundgebungen forderten Preissenkungen, Steigerungen von Löhnen und Sozialleistungen und bestanden auf der Rückkehr zum früheren Renteneintrittsalter. Die Arbeiter mehrerer Ölfelder streikten in Solidarität mit den Demonstranten.

Die Situation änderte sich jedoch schnell und geriet außer Kontrolle. Die ersten Terror- und Vandalismusakte fanden in den Städten Shanaosen und Aktau in der Oblast Mangistau im Südwesten Kasachstans statt. Die Unruhen gingen daraufhin zu gewaltsamen Zusammenstößen in Almaty und anderen Städten über. Insbesondere die Flughäfen Aktobe, Aktau und Almaty waren lahmgelegt. Die Sicherheit des Kosmodroms Baikonur war bedroht. Gruppen bewaffneter Jugendlicher griffen Sicherheitskräfte an, besetzten und zerstörten Gebäude und griffen Ärzte, Feuerwehrleute und Zivilisten an. Eine Welle von Plünderungen ging durch die Städte.

Es ist völlig klar, dass die destruktiven Aktionen von denen begangen wurden, die nichts mit dem Großteil der Demonstranten zu tun haben. Kriminelle Gruppen nutzen die Volksaufstände in Kasachstan für ihre eigenen Zwecke. Zunächst einmal handelt es sich um radikal-islamistische Zellen. Auf ihre Aktivität verweist die demonstrative Brutalität gegen Sicherheitskräfte. Das ging so weit, dass den Männern in Uniform der Kopf abgeschlagen wurde. Auch Agenten externer Kräfte sind aktiv geworden. Vor allem in Almaty, das traditionell als eine Bastion des liberalen Einflusses gilt. Hier befinden sich die Büros einer erheblichen Zahl pro-westlicher NGOs. Schließlich überschritten Kriminelle, die mit nationalistischen Gruppen in Verbindung stehen, alle Grenzen. Davon zeugen zielgerichtete Angriffe auf Gebäude von Staatsanwaltschaften und Spezialdienste, deren Inbrandsetzung, die Beschlagnahmung von Waffen, Pogrome in Geschäften und anderen öffentlichen Orten.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Aktionen all dieser Kräfte von einem einzigen Zentrum aus koordiniert wurden, das darauf aus war, Kasachstan zu destabilisieren. Aber auch die Führung der Republik kann nicht von der Verantwortung dafür freigesprochen werden, dass Beamte die Aktivitäten prowestlicher Kräfte duldeten und eine versöhnliche Haltung gegenüber den Islamisten einnahmen. Das nationale Sicherheitskomitee des Landes hat zahlreiche Anträge auf ein Verbot des Salafismus (Wahhabismus) abgelehnt. In Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern ausgebildete Prediger waren in Kasachstan tätig.

Unser Land ist verpflichtet, den gesamten Ablauf der Ereignisse in einen breiten internationalen Kontext zu betrachten. In den letzten Monaten hat sich die politisch-militärische Lage an den westlichen Grenzen Russlands deutlich verschlechtert. Der wirtschaftliche, informationelle, diplomatische und militärische Druck auf unseren Staat hat sich nur verstärkt. Westliche Medien, Diplomaten, Politiker und NATO-Vertreter haben mehr als einmal lautstark ihre gespielte „Besorgnis“ über Pläne für einen „Angriff auf die Ukraine“ zum Ausdruck gebracht und Moskau mit „umfassenden Präventivmaßnahmen“ gedroht.

Vor dem Hintergrund der eskalierenden Situation in unserem Land haben wir einen Schlag an unseren südlichen Grenzen erhalten. Mit Beginn des neuen Jahres haben Russlands Gegner auf der Weltbühne die Einsätze im Spiel auf dem „großen Schachbrett“ deutlich erhöht. Am 2. Januar erhielt die Bevölkerung Kasachstans einen Schock durch das „Neujahrsgeschenk“ der Regierung – eine Gaspreiserhöhung. Der terroristische Untergrund, dessen Führung auf die Kampferfahrung von Dschihadisten in Syrien und im Irak zurückgreift, nutzte den Ausbruch von Empörung sofort aus. Es wurden groß angelegte Aktionen zur Destabilisierung der Lage organisiert. Einerseits gelang es Vertretern des Untergrunds, mit der Masse der Demonstranten zu verschmelzen, andererseits konnte er sich auf deklassierte und kriminelle Elemente stützen.

Tausende von Menschen haben bisher unter kriminellen Handlungen betroffen gelitten. Hunderte von Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert, Dutzende liegen auf der Intensivstation, es gibt Tote. Randalierer behindern die Arbeit von Krankenwagen und medizinischen Einrichtungen, setzen Schusswaffen ein, schüchtern die Bevölkerung ein, plündern Geschäfte und marodieren. Die Art ihrer Aktionen zeugt von geplanten, koordinierten und aus dem Ausland finanzierten Schritten.

Der Präsident Kasachstans hat den Notstand über das Land verhängt und die Regierung entlassen. Angesichts des Ausmaßes der Ereignisse und der Einmischung äußerer Kräfte hat sich die Regierung der Republik an Partner gewandt, um Hilfe zu erhalten. Der Rat für kollektive Sicherheit der OVKS beschloss, diese Hilfe zur Stabilisierung der Lage in Kasachstan zu leisten.

Nach Ansicht der KPRF ist der Einsatz von OVKS-Friedenstruppen eine erzwungene, aber adäquate und rechtzeitige Maßnahme, um die Flammen eines weiteren „Farbumsturzes“ zu löschen. Die Kommunistische Partei Russlands verurteilt entschlossen die Handlungen der internationalen Reaktion und der kriminellen Elemente. Wir halten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kasachstans und die Versuche, Zentralasien zu destabilisieren, die eine direkte Bedrohung für unser Land darstellen, für völlig inakzeptabel.

Die KPRF ist für die Rückkehr Kasachstans auf ein friedliches Gleis. Wir sind der Ansicht, dass die Hauptaufgabe des Friedenskontingents im Schutz von strategischen Objekten besteht, die das normale Leben der Bürger gewährleisten sollen. Die Bevölkerung der Republik muss vor terroristischen Angriffen von Dschihadisten geschützt werden, die zu einer „Taktik der Einschüchterung“ gegriffen haben.

Wir sind davon überzeugt, dass die OVKS-Friedensmission zur Stabilisierung der Lage in der zentralasiatischen Region beitragen wird. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass das Friedenskontingent nur für die erklärten Zwecke eingesetzt werden sollte. Es ist unzulässig, die Friedenstruppen in die internen Auseinandersetzungen von staatlichen Clans und Gruppierungen einzubeziehen.

Für die Führung Kasachstans wäre es ein Fehler, den Weg der Verfolgung friedlicher Protestierender zu beschreiten und alle als „Terroristen“ und „Kämpfer“ einzustufen. Wir sind der Meinung, dass die Regierung unverzüglich in einen Dialog mit den Werktätigen und den maßgeblichen Politikern eintreten sollte und ihre berechtigten Forderungen nach einer Verbesserung der sozioökonomischen Lage unverzüglich zu erfüllen sollte.

Die KPRF stellt fest, dass es an der Zeit ist, grundlegend gegen die russophobe und antisowjetische Politik in der Republik vorzugehen. Eine sorgfältige Analyse der Aktivitäten pro-westlicher Organisationen und Medien ist dringend erforderlich. All dies hat Kasachstan mit den Jahren in ein Aktionsfeld für antirussische Kräfte verwandelt und die Bevölkerung gegen die Freundschaft mit unserem Land aufgebracht.

Die Zeit ist reif für eine ehrliche Diskussion und die Beseitigung der fundamentalen Ursachen der verhängnisvollen sozialen Kluft nicht nur in Kasachstan, sondern auch in Russland. Denn unser Land hat ein weiteres schreckliches Signal erhalten, dass die Politik, die Spaltung, Ungleichheit und Armut hervorbringt, den Geduldsfaden des Volkes unausweichlich zum Reißen bringt. Wenn eine Regierung im Interesse der Oligarchen arbeitet und den Werktätigen die „Brosamen vom Herrentisch“ hinwirft, wird sie unweigerlich mit der Forderung konfrontiert werden, für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen zu werden. Dann werden weder harte Repressionen, noch die Droge des Nationalismus, noch die Lügen der Anhänger des Antisowjetismus und der Russophobie mehr helfen.

Die wichtigste Schlussfolgerung aus den Ereignissen in Kasachstan ist, dass die Versuche der nationalen Bourgeoisie, ihre Völker in die Welt des globalen Kapitalismus zu integrieren, sie zu Marionetten der Weltoligarchie machen. Es liegt im ureigenen Interesse der Völker Russlands, Kasachstans und aller anderen Staaten, diese verderbliche Politik aufzugeben. Mehr denn je ist heute unser Programm „Zehn Schritte zu einem würdigen Leben“ und die einzigartigen Erfahrungen der Volksunternehmen gefragt. Nicht ausländisches oder „hausgemachtes“ Kapital, sondern die werktätigen Massen müssen die Herren ihrer Länder werden!

Der Vorsitzende des ZK der KPRF

G.A. Sjuganow

Quelle: KPRF

Übersetzung (UZ): Renate Koppe

## **KKE: Die Ursache für die Massenmobilisierung des Volkes liegt in den enormen Problemen des Volkes, die durch die Restauration des Kapitalismus hervorgerufen wurden (13. Januar 2022)**

Quelle: <http://solidnet.org/article/CP-of-Greece-Eliseos-Vagenas-member-of-the-CC-of-the-KKE-Interview-by-902.gr-on-the-developments-in-Kazakhstan/> (Übersetzung: Marc Galwas)

Griechischer Originaltext: <https://www.902.gr/eidisi/politiki/282586/i-riza-ton-megalon-laikon-kinitopoiiseon-vrisketai-sta-terastia-provlimata>

**Die jüngsten Massenmobilisierungen in Kasachstan haben zu gewaltsamen Konflikten und zum Eingreifen des Militärs geführt, um sie zu unterdrücken. Präsident Tokajew sprach von einer ausländischen Intervention, von 20.000 ausländischen Kämpfern, auf die das militärische Eingreifen der Länder des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) folgte. Es stellt sich die Frage: Waren diese Mobilisierungen auf interne Entwicklungen zurückzuführen oder handelte es sich tatsächlich um eine ausländische Intervention wie im Fall der Ukraine vor einigen Jahren?**

Antwort: Ja: Die Ursache für die Massenmobilisierung in Kasachstan liegt in den enormen sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die die Restauration des Kapitalismus den Menschen in diesem Land beschert hat.

Millionen von Menschen leben von sehr niedrigen Löhnen und Renten, Millionen sind arbeitslos, andere sind gezwungen, ins Landesinnere oder nach Russland zu pendeln, um einen Lohn zu verdienen. Millionen junger Menschen in einer Gesellschaft mit niedrigem Altersdurchschnitt sind verzweifelt über ihre Zukunft, die ungewiss scheint.

Gleichzeitig ist es offensichtlich, dass die Kapitalisten im Luxus leben, dass der Energiereichtum sowohl von einheimischen Kapitalisten als auch von ausländischen Monopolen, wie dem US-Konzern Chevron, geplündert wird. Insgesamt kontrollieren die Monopole der USA, Großbritanniens und der EU 75 % des Bergbausektors, des wichtigsten Industriezweigs in diesem Land. Der Energiereichtum fließt auch in die EU, nach Russland und China, die wichtige Importeure des Energiereichtums des Landes sind.

Die enorme soziale Differenzierung führte zu heftigen Arbeitskämpfen. Wie haben die Behörden darauf reagiert? Vor 10 Jahren ermordeten die Sicherheitskräfte des Regimes in der Stadt Zhanaozen Dutzende von streikenden Arbeitern. Es kam zu einer Verschärfung der Repression; unter anderem wurde die KP Kasachstans verboten, während die Legalisierung der Sozialistischen Bewegung Kasachstans bis heute verweigert wird, und es wurden mehr als 600 Gewerkschaften durch die Verabschiedung neuer Gewerkschaftsgesetze verboten, um die Gewerkschaftsbewegung vollständig zu kontrollieren. Darüber hinaus wurden Anstrengungen unternommen, um die nationalistischen Kräfte zu unterstützen, einschließlich der Rechtfertigung der lokalen Nazi-

Kollaborateure, d.h. der so genannten "Turkestanischen SS-Legion", die während des Zweiten Weltkriegs tätig war.

Die volksfeindliche Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Ursache für die heutigen Volksmobilisierungen, wobei der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, der Anstieg der Flüssiggaspreise war. Dies steht jedoch nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass es in der Region einen anhaltenden zwischenimperialistischen Konflikt gibt und dass verschiedene Kreise versuchen werden, diese Ereignisse auszunutzen.

**Bleiben wir noch einen Moment bei den Volksdemonstrationen. Sie fanden nicht überall in gleicher Form statt. In einigen Regionen fanden Massendemonstrationen statt, in anderen kam es zu Straßenkämpfen, Plünderungen und Vandalismus. Wie ist das zu erklären und was sind die Forderungen dieser Volksdemonstrationen?**

Antwort: In den vergangenen zwei Jahren fanden in der Region West- und Zentralkasachstan wichtige Streiks statt. Die Initiative ging von informellen Arbeitergewerkschaften, Streikkomitees und Fabrikkomitees aus, da die Behörden, wie ich bereits erwähnte, das Gewerkschaftsgesetz nutzten, um die Tätigkeit und den Betrieb von Gewerkschaften zu verbieten, die nicht direkt vom Staat und den Arbeitgebern kontrolliert wurden. Insbesondere in der Region Westkasachstan wurden also wertvolle Erfahrungen bei der Organisation des Kampfes gesammelt. In dieser Region, in der Stadt Zhanaozen, kam es zu Beginn des Jahres zu neuen Mobilisierungen, wobei auch die Straßen blockiert wurden. Danach setzten sich die Massenversammlungen der Arbeiter durch und führten zu Streiks und Versammlungen. In diesen Regionen übernahmen die Arbeiter den Schutz der Region und wurden dabei von ihren Familien massiv unterstützt. Die Polizei und die Armee lehnten es zunächst ab, die Arbeitermobilisierungen anzugreifen, und in vielen Fällen traten die lokalen Behörden zurück. Das war ein Beweis für die Überlegenheit des organisierten Kampfes der Arbeiter, der über die Versammlungen zu wirtschaftlichen Forderungen führte, die später durch politische Forderungen ergänzt wurden und überall zur Geltung kamen: Es wurden Forderungen nach höheren Löhnen, nach einem niedrigeren Rentenalter, nach einer Senkung der Energiepreise, nach dem Rücktritt von Nasarbajew und Tokajew, nach der ungehinderten Gründung von Gewerkschaften und politischen Parteien vorgebracht. In den Städten Westkasachstans wurden von den Streikenden Koordinierungsräte und -komitees gebildet, die eine Rolle bei der Steuerung der Mobilisierungen spielten. In diesen Regionen erfolgte der Rückzug der Streikenden am Abend des 8. Januar auf organisierte Weise.

In anderen Fällen, in denen die Bewegung nicht gleichermaßen organisiert war, kam es zu heftigen bewaffneten Straßenkämpfen, wie zum Beispiel in der alten Hauptstadt Alma-Ata. Wir sollten Folgendes bedenken: Heute, 30 Jahre nach dem Sturz des Sozialismus, sehen wir in den Außenbezirken großer Zentren wie dieser Stadt, dass ganze Viertel mit Baracken entstanden sind, ähnlich den Favelas in Lateinamerika. Tausende von Menschen und ganze Dörfer sind dorthin abgewandert, um Arbeit zu finden. Diese verarmten Menschen, die aus Verzweiflung über die hohen Preise und ihren niedrigen Lebensstandard auf die Straße gingen, waren leicht bewaffnet, nachdem die ersten Wellen von Polizisten und Armee nach den ersten Zusammenstößen ihre Waffen abgelegt hatten. Sie besetzten Gebäude der Polizei und der Armee, sogar Waffenläden, und



bewaffneten sich. Verschiedene provokative Gruppen wurden ebenfalls aktiv und beteiligten sich an Plünderungen, Vandalismus an Gebäuden usw. Das Regime nutzte dies aus und setzte große Militäreinheiten ein, um die Mobilisierungen der Arbeiter und des Volkes zu unterdrücken.

**Die Tatsache, dass zwei Leichen von Polizisten und zwei Armeeingehörige enthauptet gefunden wurden, wird vom Regime als Beweis für eine ausländische Intervention dargestellt. Trifft dies nicht zu?**

Antwort: Einige Dutzend Kasachen hatten sich den Reihen des "Islamischen Staates" angeschlossen, der im Rahmen der imperialistischen Pläne im Irak und in Syrien operierte. Niemand schließt aus, dass sie nach der russischen Militärintervention in Syrien und der Niederlage des "Islamischen Staates" dort nach Kasachstan zurückkehren. Niemand kann das Wirken der einen oder anderen Gruppe ausschließen, die in verschiedenen Fällen eingesetzt werden können und unterschiedliche Ursprünge und Pläne haben. Es ist durchgesickert, dass die lokalen Geheimdienste provokative Gruppen vorbereitet und ausgebildet haben. Das waren jedoch nicht die Kräfte, die diese Volksmobilisierung, die sich zu einem Massenaufstand entwickelte, initiiert haben und die Charakterisierung "Terroristen", "Radikale" und "Extremisten", die die kasachischen Behörden denjenigen zuschrieben, die gegen die Politik, die sie zur Verarmung verurteilt, auf die Straße gingen, wurde als Vorwand für die Repression benutzt.

**Sie haben auf die Nutzung dieser Vorfälle hingewiesen. Wir haben in der Vergangenheit die sogenannten farbigen Revolutionen erlebt, wie in der Ukraine oder den "Arabischen Frühling". Gibt es Parallelen und von wem können diese Entwicklungen genutzt werden?**

Antwort: Erstens: Sowohl bei der "Farbrevolution" in der Ukraine oder in Weißrussland als auch beim so genannten "Arabischen Frühling" deutete vieles auf eine ausländische Intervention, Finanzierung, Ausbildung und Vorbereitung politischer Kräfte hin, die eine Rolle übernahmen und die Verschärfung der sozialen und politischen Probleme ausnutzten. Im Falle Kasachstans ist so etwas nicht zu erkennen, und es ist klar, dass alle wichtigen ausländischen "Akteure" (USA, China, Russland, EU) mehr oder weniger auf der Seite des derzeitigen Präsidenten stehen und nur in Bezug auf den Einsatz der OVKS-Militärkräfte anderer Meinung sind. Die Situation und die Art und Weise, wie sich die Ereignisse entwickelt haben, haben nichts mit der Ukraine gemein, wo die Bourgeoisie zwischen den USA und der EU und Russland gespalten war und wo wir deutlich gesehen haben, dass ausländische Diplomaten die prowestlichen Demonstranten anführten und sogar offen faschistische Kräfte für ihre Pläne einsetzten.

Gewiss, auch im Fall von Kasachstan ist es offensichtlich, dass die Entwicklungen zu einer innerbürgerlichen Neuausrichtung geführt haben. Präsident Tokajew und die ihn umgebenden Geschäftsleute haben den ehemaligen Präsidenten des Landes, N. Nasarbajew, der zum Vorsitzenden des Sicherheitsrates auf Lebenszeit ernannt wurde, in gewissem Maße ins Abseits gedrängt. Kader seines Umfelds wurden verhaftet, so auch Karim Massimow, ehemaliger Premierminister und Leiter des Nationalen Sicherheitskomitees des Landes. Es ist offensichtlich, dass die "alte Garde" sich in einen Krieg um die Neuverteilung des Kuchens um die wirtschaftliche und politische Macht unter den Teilen der Bourgeoisie Kasachstans verwickelt sieht.

Es gibt auch politische Kräfte, nationalistische, islamistische und andere Kräfte, die mit den imperialistischen Zentren des Westens verbunden sind, die versuchen werden, die Volkskräfte zu manipulieren, die an den Demonstrationen teilgenommen haben, aber ein niedriges politisches Gewicht haben. Diese Kräfte gibt es, und wir dürfen sie nicht ignorieren. Dies schmälert nicht die Notwendigkeit, dass die organisierte Volksbewegung in der Lage sein muss, ihre Mobilisierungen zu schützen, wie z.B. in den Arbeitervierteln Westkasachstans.

### **Welche Rolle spielen die imperialistischen Pläne in dieser Region?**

Antwort: Nach dem Abzug des US-Militärs aus Afghanistan hatten wir eingeschätzt, dass die Destabilisierung Zentralasiens möglich ist. Kasachstan, das neuntgrößte Land der Welt, erwirtschaftet 60 % des BIP Zentralasiens, vor allem dank der Öl- und Gasindustrie. Zugleich ist es der größte Produzent von Uran und vielen anderen Edelmetallen. Das Land grenzt an China und Russland. Das Kaspische Meer umspült seine Küsten. Es ist ein wichtiges "Bindeglied" für imperialistische Pläne der einen oder anderen imperialistischen Macht. Das ist auch der Bourgeoisie des Landes klar. So sehen wir, dass Kasachstan zwar zusammen mit Russland Mitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (zusammen mit China) ist, gleichzeitig aber auch der NATO-Partnerschaft für den Frieden beigetreten ist und zusammen mit der Türkei an der Spitze der kürzlich umbenannten Organisation der Turkstaaten stand. Durch die Vermietung des Kosmodroms Baikonur an Russland für 49 Jahre hat es den USA ermöglicht, auf seinem Boden Labors für biologische Kriegsführung zu unterhalten. Während es die EU über Russland und China mit Erdgas und Erdöl versorgt, befindet sich der Bergbausektor seiner Wirtschaft weitgehend in den Händen westlicher Energiemonopole, und die kasachische Bourgeoisie ist aktiv an den Projekten chinesischer Monopole für die so genannte "Seidenstraße" beteiligt. Wie Sie verstehen, gibt es einen großen Machtkampf in diesem Land, das fünfmal so groß ist wie Frankreich.

### **Wie beurteilen Sie die Beteiligung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)?**

Antwort: Die Beteiligung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), der Russland, Kasachstan, Armenien, Weißrussland, Kirgisistan und Tadschikistan angehören, mit 3,5 Tausend Mann zur Bewachung von Baikonur und anderen militärischen Infrastrukturen beruhte auf dem Argument, dass das Land "von einem ausländischen Feind angegriffen" wurde, mit dem Ziel, die "verfassungsmäßige Ordnung" wiederherzustellen. Dieses Engagement fand zu einem Zeitpunkt statt, als der bürgerliche Staatsapparat Kasachstans mit ernststen operativen Problemen seiner repressiven Struktur konfrontiert war. Was zeigt uns diese Tatsache? Dass die neuen regionalen transnationalen Bündnisse, die entstehen, ebenso wie die alten, wie die NATO und die EU, einen Klassencharakter haben. Er verschwindet nicht, er ist immer präsent und ergibt sich aus dem Klassencharakter der Staaten, die ihn bilden. So besteht die vorrangige Aufgabe dieser Zusammenschlüsse darin, die Macht der Bourgeoisie der Länder, die das Abkommen geschlossen haben, zu erhalten. Dann haben sie die Aufgabe, die Interessen und die Rentabilität der bürgerlichen Klassen zu sichern, denen diese Vereinigungen dienen. Die Ansichten der politischen Kräfte,

einschließlich einiger KPen, die von einer neuen "multipolaren Welt" aufgrund des Entstehens neuer transnationaler Vereinigungen sprechen, sind fehl am Platz.

Natürlich sind Bündnisse wie die NATO, die EU und die OVKS durch die ungleichen Interdependenzbeziehungen der Länder, die sie bilden, gekennzeichnet. Die Hauptrolle Russlands in der OVKS ist daher offensichtlich. Die Anwesenheit der OVKS-Militärkräfte in Kasachstan hat den USA und der EU als "rote Linie" gedient. Diese Kräfte werden versuchen, diese Entwicklung auszunutzen, um ihre antirussischen Propaganda-Argumente zu verstärken, da sie der Meinung sind, dass das Auftauchen der OVKS-Streitkräfte in Kasachstan den "Status quo" in der Region verändert. Das kapitalistische Russland seinerseits wird versuchen, diese Fakten zu nutzen, um die kapitalistische Vereinigung in den Gebieten der ehemaligen UdSSR zu stärken.

### **Wie ist die Situation der kommunistischen Bewegung in Kasachstan?**

Antwort: Die kommunistische Bewegung in Kasachstan hat einen schweren Schlag erlitten. Vor 30 Jahren wurden wir Zeuge des Verrats ihrer Führung und des Versuchs, die KP Kasachstans in eine "linke" Partei umzuwandeln, zunächst unter dem Namen Sozialistische Partei Kasachstans. Diese Partei trat unter dem Vorsitz von Gennadi Sjuganow zusammen mit der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) dem Bund der KP-KPdSU bei. Im Jahr 2011 begannen die Behörden, ihr zahlreiche rechtliche Hindernisse in den Weg zu legen, und im Jahr 2015 wurde sie mit dem Argument verboten, dass sie "die gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfüllt". Seitdem haben die Kader der KP Kasachstans jegliche politische Tätigkeit eingestellt. Das Regime gründete zusammen mit einigen Mitgliedern der KP Kasachstans die sogenannte "Kommunistische Volkspartei Kasachstans", die von ihm kontrolliert wurde und Beziehungen zu einigen anderen KPs, wie der KP Chinas, aufbaute. Im Jahr 2020 wurde diese Partei in "Volkspartei von Kasachstan" umbenannt.

Die Sozialistische Bewegung Kasachstans, die ebenfalls mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wurde Anfang 2011 gegründet und wurde von Kommunisten gegründet, die die KP Kasachstans verlassen hatten. Eine Reihe ihrer Kader wurde verfolgt, entlassen und unter Druck gesetzt, während einer der Ko-Vorsitzenden der Organisation, der Bergarbeiter Tahir Mukhamedzhanov, unter mysteriösen Umständen ums Leben kam, deren Aufklärung die Polizei verweigerte. Die Websites der Sozialistischen Bewegung Kasachstans sind blockiert, und die Behörden haben wiederholt die Rechtmäßigkeit ihrer Tätigkeit bestritten. Die Verfolgungen der Sozialistischen Bewegung Kasachstans fielen mit dem mörderischen Angriff und der Massenverhaftung von Streikenden während des achtmonatigen Streiks der Beschäftigten in der Ölindustrie in Zhanaozen im Dezember 2011 zusammen. Die Sozialistische Bewegung Kasachstans macht keinen Hehl daraus, dass sich ein Teil ihrer Mitglieder aufgrund der Verfolgung zurückgezogen hat, während einer ihrer Kader vom Regime eingesetzt wurde, um die kontrollierten Gewerkschaften zu unterdrücken. Heute unterhält sie Kräfte in verschiedenen Regionen des Landes, die unter schwierigen Bedingungen agieren, und sie zeichnet sich durch das beharrliche Bemühen aus, in der wachsenden Arbeiterbewegung Fuß zu fassen. Die Sozialistische Bewegung Kasachstans nimmt an den Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien teil und beteiligt sich an der Arbeit der "Internationalen Kommunistischen Rundschau".

Die Frage, ob es wichtige Arbeiter- und Volkskämpfe ohne eine starke kommunistische Bewegung geben kann, ist berechtigt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass große, harte und blutige Kämpfe auch ohne die Existenz einer KP in einem Land ausbrechen können. So gab es schon vor der Entstehung der KKE in unserem Land Kämpfe, sogar harte Kämpfe, und auch heute gibt es in vielen Ländern, in denen die KP schwach oder nicht vorhanden ist, Kämpfe. Die Frage ist nicht, ob es große Kämpfe geben kann, sondern in welcher Richtung und ob sie entscheidend aufeinanderprallen und zum Sturz der kapitalistischen Barbarei führen können. Ohne die Existenz einer starken KP mit einer revolutionären Strategie und einer Mobilisierungs- und Kampflinie gegen die Macht der Monopole und des Ausbeutersystems werden auch die größten Volkskämpfe nicht in der Lage sein, die Befreiung der Arbeiter von der kapitalistischen Ausbeutung zu führen.

### **Was war und was sollte die Haltung der KPen gegenüber ähnlichen Volksmobilisierungen wie in Kasachstan sein?**

Antwort: Wir müssen betonen, dass die KKE und mehr als 10 Parteien, die bisher zu diesem Thema Stellung genommen haben, wie die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RCWP), die Sozialistische Partei Lettlands, die Partei der Arbeit Österreichs, die KP Mexikos, die KP Schwedens, die KP der Arbeiter Spaniens und die KP Belgiens, die die Entwicklungen verfolgt haben, vom ersten Moment an ihre Solidarität mit dem Volk Kasachstans zum Ausdruck gebracht haben, das sich 30 Jahre nach dem Sturz des Sozialismus gegen die vom Kapitalismus verursachten sozialen Probleme auflehnt. Leider hatten viele Parteien kein klares Bild davon, was wirklich vor sich geht, und haben daher nicht sofort Stellung bezogen. Darüber hinaus konzentrieren sich einige Parteien, wie die französische KP, auf die "neoliberale Politik" und den Autoritarismus des Regimes und sprechen damit den Kapitalismus erneut frei. Andere, die sich mit den neuen internationalen Vereinigungen befassen, die auf Initiative Russlands in den Gebieten der ehemaligen KPdSU entstehen, ohne eine klassenorientierte Grundhaltung zu haben, wie die KPRF, rechtfertigen die Militärintervention der OVKS. Diese Situation zeigt in erster Linie die ideologisch-politische Krise in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung und die Notwendigkeit, wichtige ideologisch-politische Fragen wie den Charakter der internationalen Bündnisse, die Verflechtung der Widersprüche, die sich zwischen den bürgerlichen Klassen entwickeln, und den Charakter der neuen kapitalistischen Mächte Russland und China zu lösen.

Auf jeden Fall müssen die Kommunisten die Arbeiterkämpfe unterstützen, wo immer sie ausbrechen, und dazu beitragen, dass die Ideen des Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Perspektive in die Entwicklung der organisierten Massen-, Volks- und Arbeiterbewegung einfließen.

## **Offensiv (Marxistische Organisation): Volksaufstand in Kasachstan sieht sich mit rücksichtsloser Repression konfrontiert (13. Januar 2022)**

Quelle: <https://offensiv.net/index.php/international/asien/volksaufstand-in-kasachstan-sieht-sich-mit-ruecksichtsloser-repression-konfrontiert>

Eine marxistische Analyse der imperialistischen Manöver in einem asiatischen Schlüssel-land

2022 hat mit einem Volksaufstand in Kasachstan begonnen, dessen Ausmaße die Regierung zum Rücktritt gebracht und den russischen Präsidenten Wladimir Putin gezwungen haben, ein riesiges Militärkontingent zu entsenden, um die Kräfte der kasachischen Regierung bei ihrer brutalen Repression zu unterstützen. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels hat Präsident Kassim-Jomart Tokajew den Sicherheitskräften den Befehl erteilt, ohne Vorwarnung zu schießen und zu töten, und alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Befehle ausgeführt werden. Es gibt bereits Dutzende Tote und Hunderte von Verletzten, während sich unter den Demonstranten bewaffnete Gruppen gebildet haben, die sich gegen Polizei und Armee wehren und eine unbekannte Zahl von Opfern in ihren Reihen verursacht haben.

Wie schon bei früheren Gelegenheiten haben soziale Proteste die inneren Konflikte der kapitalistischen Clique, die ihre Diktatur in Kasachstan ausübt, verschärft. Alles deutet darauf hin, dass der Rücktritt der Regierung ein Schachzug von Präsident Tokajew war, der auch die Umstände genutzt hat, um den einst allmächtigen Nursultán Nasarbajew als Präsidenten des Nationalen Sicherheitsrats auf Lebenszeit zu entlassen.

Nasarbajew war von 1990 an, als das Land noch zur Sowjetunion gehörte, Präsident-Diktator von Kasachstan; bis zu dem 2019, als sein engstes Umfeld ihn gedrängt hat, die Präsidentschaft zu verlassen, obwohl er die Zügel des Apparats in der Hand hielt, ebenso wie die der Sicherheitsbehörden und der Führung der regierenden Nur-Otan-Partei.

Die Entlassung und Inhaftierung des Chefs des Nationalen Sicherheitsrats, Karim Masimov, ehemaliger Premierminister und enger Mitarbeiter Nasarbajews, wegen Hochverrats, sowie die Entlassung seiner Verwandten, die Schlüsselpositionen im Sicherheitsapparat innehatten, scheinen darauf hinzuweisen, dass sich ein Palastputsch zusammenbraut, den Präsident Tokajew mit Hilfe russischer Truppen durchzusetzen versucht.

Auch einige Mitglieder des kleinen Kreises ehemaliger hochrangiger Stalinisten, die die Restauration des Kapitalismus genutzt haben, um das Land zu plündern und milliardenschwere Geschäftsleute zu werden, nutzten das Chaos und kehrten auf die Bühne zurück. Wie bereits in Russland oder der Ukraine versuchen Elemente dieser durch interne Konflikte in Ungnade gefallenen kriminellen Elite die Situation auszunutzen, indem sie sich als Apostel der „Demokratie“ präsentieren oder, wie es der korrupte Bankier Mukhtar Ablyazov tut, als Wortführer einer „Revolution“ fungieren, die sie nicht provoziert haben.

Arbeiterproteste sind in Kasachstan nichts Neues, ebenso wenig ihre brutale Unterdrückung. Der unmittelbare Grund für diesen Aufstand war die Entscheidung der Regierung, den Preis für Flüssiggas, das häufig als Kraftstoff für Fahrzeuge verwendet wird, zu verdoppeln. Es war der Tropfen, der angesichts des weit verbreiteten Elends der Arbeiterklasse das Fass zum Überlaufen brachte und den ärmsten Bevölkerungsschichten den Rücken brach.

Das Anzünden des Präsidentenhauses während der Proteste und die Plünderung von Luxusgeschäften enthüllen die Wut, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt angesammelt hat. Es ist

nicht das erste Mal, dass kasachische Arbeiter harte Protestaktionen durchführen. Die Illusionen, die durch die Unabhängigkeitserklärung gegenüber der UdSSR im Jahr 1991 verursacht wurden, haben sich sehr schnell zerstreut als sich eine sehr kleine Elite, die sich um den Familienclan des heutigen ehemaligen Präsidenten Nasarbajew gruppierte, einen großen Teil des Reichtums des Landes skandalös aneignete.

Die kasachische Arbeiterklasse ist relativ jung. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Landes waren nomadische Hirten, bis die Industrialisierung als Folge des Zweiten Weltkriegs begann. Das von der Regierung der UdSSR seit 1954 geförderte Programm „Virgin Lands“ trieb diese stark voran, entwickelte eine großflächige Landwirtschaft und legte den Grundstein für eine beschleunigte Industrialisierung und Urbanisierung.

Nach der Auflösung der Sowjetunion vor dreißig Jahren und der Unabhängigkeitserklärung betrieb die kasachische Regierung eine umfassende Ausbeutung der Bodenschätze und entwickelte ein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm der Industrie, hauptsächlich in Zusammenarbeit mit westlichen kapitalistischen Unternehmen. Diese Projekte waren erfolgreich und ermöglichten Kasachstan einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Wohlstand und einen bedeutenden sozialen Wandel.

Der Großteil der Bevölkerung ließ sich in den Städten nieder, und das Gewicht der Landwirtschaft und der Viehzucht wurde auf nur 10 % des BIP reduziert. Aber der wirtschaftliche Wohlstand kam nicht allen gleichermaßen zugute, sondern konzentrierte sich auf eine kleine Minderheit von Kapitalisten, die mit der politischen Clique verbunden waren, die den Staatsapparat kontrollierte und kontrolliert. Die Unzufriedenheit unter der Arbeiterklasse wuchs nach und nach und die Mobilisierungen begannen sich zu vermehren.

Im Jahr 2011 wurde ein siebenmonatiger Streik von Ölarbeitern in der westlichen Region Kasachstans in Blut ertränkt, wobei 12 Arbeiter getötet und Hunderte verletzt wurden. Von diesem Moment an nahm die Repression gegen die organisierte Arbeiterklasse zu. Die Regierung und die Gerichte starteten eine Kampagne zur Schikanie von Gewerkschaften, die 2017 in einem vollständigen Verbot und der Verhaftung ihrer wichtigsten Führer und Aktivisten gipfelte.

Spaltungen in der herrschenden Clique

Aber die repressiven Maßnahmen haben es trotz ihrer Härte nicht geschafft, die Arbeiterbewegung vollständig zu zerschlagen. Die sozialen Unruhen haben sich weiter ausgebreitet und vertieft und seit Dezember 2020 entwickelt sich eine Streikwelle. In diesem Monat streikten Bauarbeiter in Nur-Sultan gegen die fehlenden Sicherheitsvorkehrungen bei ihrer Arbeit. Im März 2021 begannen die Ölfeldarbeiter ihre Mobilisierungen, und kurz darauf traten auch die Fahrer der verschiedenen Lebensmittelliefer-Apps in den Streik und forderten bessere Löhne und Stabilität in ihrer Beschäftigung.

Das Fehlen starker und kämpferischer Gewerkschaften, die in der Lage sind, die gesamte Arbeiterklasse im Kampf um ihre Rechte zu vereinen, hat sehr negative Folgen. Bei mehreren Gelegenheiten haben Arbeiterproteste zu ethnischen Konflikten geführt, da die Löhne und im

Allgemeinen die Arbeitsbedingungen (Unterkunft, Nahrung, medizinische Versorgung ...) der eingewanderten Arbeiter im Bergbau- und Ölsektor erheblich besser sind als bei der einheimischen Bevölkerung.

Trotz der brutalen Niederschlagung der Streiks der Ölarbeiter war ein Teil der kasachischen Elite besorgt angesichts des schlafenden Vulkans, den sie unter ihren Füßen spürten. Wie schon bei anderen Gelegenheiten im Laufe der Geschichte entstand eine Trennlinie innerhalb der herrschenden Klasse: Ein Sektor vertraute blind der Repression, während ein anderer Sektor die Notwendigkeit sah, Zugeständnisse zu machen, um die Arbeiterklasse zu beschwichtigen und einen revolutionären Ausbruch zu verhindern.

Präsident Nasarbajew schloss sich dem versöhnlichen Sektor an und versuchte, die Positionen seines Familienclans im Staatsapparat zu stärken. Am Morgen des 21. Februar 2019 kündigte er offiziell die Notwendigkeit zur Auflösung der Regierung an, weil sie die Ziele zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung nicht erreicht habe, und am Nachmittag desselben Tages ernannte er ein neues Kabinett und kündigte ein kolossales Sozialprogramm von Milliarden Tengues (der Landeswährung) an.

Aber die Mehrheit der herrschenden Klasse war nicht bereit, für Präsident Nasarbajews „Sozialreform“ auch nur den geringsten Gewinnrückgang zuzulassen, und ebenso wenig begrüßten sie die Stärkung seiner Familienclique. Der interne Konflikt der herrschenden Klasse fand hinter den Kulissen statt und am 19. März 2019 kündigte Nasarbajew überraschend seinen Rücktritt als Staatsoberhaupt an und wurde durch den derzeitigen Präsidenten Tokajew ersetzt.

Trotz seines Rücktritts als Präsident gelang es Nasarbajew, die Zügel des Staatssicherheitsapparats in seinen Händen zu halten. Alles deutet, wie oben erklärt, darauf hin, dass die jüngsten Ereignisse dazu dienen werden, ihm die Reste seiner Macht zu nehmen.

Ein Land im Zentrum interimperialistischer Konflikte

Kasachstan ist nicht irgendein Land. Aufgrund seiner strategischen Lage im Herzen Zentralasiens spielt es eine Schlüsselrolle in der Kommunikation sowie beim Transport von Gütern und Energie und wird aus diesem Grund von China als Schlüssel für seine neue Seidenstraße angesehen. Es war genau in der kasachischen Hauptstadt, dass Xi Jinping 2013 dieses imperialistische Projekt angekündigt hat.

Kasachstans Bodenschatz ist immens: Es ist der weltweit führende Produzent von Uran, der drittgrößte Produzent von Chrom und nimmt führende Positionen bei der Produktion von Silber, Gold, Kupfer, Aluminium, Zink, Antimon, Eisen, Titan, Mangan und vieler anderer Grundmineralien für die Industrie ein. Darüber hinaus ist das Land der zwölftgrößte Ölproduzent und produziert und exportiert auch Erdgas und Kohle.

Diese Entwicklung im Bergbau- und Energiesektor ist zu einem großen Teil auf massive Investitionen westlicher Unternehmen zurückzuführen. Im Gegensatz zu anderen Ländern der ehemaligen UdSSR war Kasachstan von den ersten Monaten seines unabhängigen Lebens an für europäische und nordamerikanische Investitionen geöffnet, so dass die Niederlande, die Vereinigten

Staaten und die Schweiz die Hauptinvestoren im Land sind, nur mit weitem Abstand gefolgt von Russland und China.

Es ist bezeichnend, dass Nasarbajew bereits 1993 den nordamerikanischen multinationalen Konzern Chevron für die Entwicklung der Ölförderung auswählte und sehr bald darauf Vereinbarungen mit Exxon Mobil, Texaco (beide ebenfalls nordamerikanisch) und der British Petroleum folgten. Auch Russlands Lukoil und die China National Petroleum Corporation haben Zugeständnisse bekommen, ihr Gewicht ist jedoch deutlich geringer. Auch in anderen Wirtschaftssektoren spielen westliche Unternehmen eine grundlegende Rolle. General Electric hat wichtige Aufträge im Eisenbahn- und alternativen Energiebereich gewonnen. Bei Infrastrukturprojekten dominiert der nordamerikanische Maschinenbau- und Bauriese Fluor Corporation, bei Konsumgütern liegen ebenfalls nordamerikanische Unternehmen (PepsiCo und Procter & Gamble) an der Spitze.

Um diese Linie der Öffnung für das westliche Kapital fortzusetzen, hielt Präsident Tokajew am 3. Dezember ein Treffen mit Vertretern einiger der Giganten der globalen Finanzwelt ab, darunter BlackRock (der größte Kapitalverwalter der Welt), Capital Group und Aberdeen Asset Management. Bei diesem Treffen wurden Pläne ausgearbeitet, um die Investitionsströme dieser Firmen in Kasachstan deutlich zu erhöhen, und Präsident Tokajew verpflichtete sich, ausländische Investitionen weiter zu erleichtern.

Um die wirtschaftliche und finanzielle Durchdringung durch Europa und Nordamerika zu kompensieren, hat die kasachische Diktatur (trotz des Bestrebens des russischen Nationalismus, die nördliche Region Kasachstans zu annektieren) auf gute Beziehungen zu Russland und Putin geachtet, auch wenn eine gewisse latente Spannung zwischen den beiden Ländern vorhanden ist.

Kasachstan ist seit seiner Gründung Teil der „Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit“, dem von Russland 1992 gegründeten Gremium für militärische und politische Zusammenarbeit, dem auch Armenien, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören. Gerade die Integration in diesen Vertrag hat es ermöglicht, den Einmarsch russischer Truppen in das Land während der jetzigen Proteste formal legal zu machen. Die Beziehungen zu China durchleben trotz des großen Interesses der Regierung von Peking an dem Land in letzter Zeit einige Schwierigkeiten.

Der massive Bedarf an Wasser für die intensive Entwicklung der Autonomen Republik Xinjiang, die Peking zur Neutralisierung des uigurischen Separatismus für unabdingbar hält, hat zu einer gravierenden Austrocknung des Balkaschsees (des größten Süßwasserreservoirs Kasachstans) geführt. Wahrscheinlich als Gegenmaßnahme gingen die Lebensmittelexporte Kasachstans nach China zwischen Januar und September 2021 um 78 % zurück. Die chinesische Reaktion war eine faktische Blockade der Einfuhr anderer kasachischer Waren, die den Exporteuren aus diesem Land schweren Schaden zufügte.

Hinzu kommt, dass nach dem jüngsten Verbot des Bitcoin-Minings in China aufgrund seines übermäßigen Stromverbrauchs die Unternehmen, die diese Aktivität ausüben, massenhaft nach Kasachstan umgezogen sind, was zu ernsthaften Problemen bei der Stromversorgung der Industrie und der Bevölkerung geführt hat. Das letzte Teilstück in dem empfindlichen Drahtseilakt, den die



kasachische Regierung zu bewerkstelligen versucht, ist das Bündnis mit der Türkei; einem Land, mit dem Kasachstan die ethnische Herkunft und Sprachverwandtschaft teilt.

Unter Ausnutzung der gemeinsamen Wurzeln mehrerer zentralasiatischer Länder und der Türkei schlug der damalige Präsident Nasarbajew 2006 die Bildung eines Bündnisses aller Länder türkischstämmiger Herkunft vor. Die Regierung der Türkei, bestrebt, ihre Rolle als regionale imperialistische Macht über den Nahen Osten hinaus zu stärken, nahm diesen Vorschlag gerne an und schließlich wurde drei Jahre später die „Organisation türkischer Staaten“ gegründet, an der neben Kasachstan und der Türkei auch Aserbaidschan, Kirgisistan und Usbekistan teilnahmen, sowie Ungarn und Turkmenistan als Beobachterstaaten.

Für die Rolle, die dieser Rat im interimperialistischen Gleichgewicht zu spielen versucht, ist aufschlussreich, dass die ukrainische Regierung im Jahr 2020 im Konflikt mit Russland seinen Beitritt als Beobachter beantragte und auf die türkische Herkunft der krimtatarischen Bevölkerung pochte.

Kein Vertrauen in die Imperialisten! Nur ein sozialistisches Programm kann dem kasachischen Volk den Sieg bringen!

Die massive Beteiligung des ganzen Volkes an den Demonstrationen in Kasachstan steht außer Frage. Die Behauptungen der russischen Diplomatie und der kasachischen Regierung, „ausländische Provokateure“ oder „eingeschleuste Terroristen“ seien für diesen Aufstand verantwortlich, ist nichts anderes als eigennützige Propaganda und dient ganz bestimmten Zwecken.

Die Präzedenzfälle der Arbeitskämpfe in Kasachstan sind, wie wir erklärt haben, eine mehr als ausreichende Erklärung für die Wut, die in diesen Tagen auf den Straßen von Almaty und anderen Städten Kasachstans zum Ausdruck gebracht wurde, ohne dass man zur Erklärung irgendeine Art von „ausländische Agenten“ heranziehen braucht. Gerade die wachsende Wut über die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen nach Jahren des Wachstums und die harte Repression, die die Diktatur ständig gegen die Arbeiterklasse ausübt, zusammen mit der Frustration über die Manöver einer extrem korrupten Palastelite, haben die Maßnahmen der Regierung (bspw. wurde der Preisanstieg von Gas zurückgenommen und sogar unter den vorherigen Preis abgesenkt) verpuffen lassen.

Aber die heikle Position, die Kasachstan im Spiel der imperialistischen Mächte einnimmt, bedingt natürlich, dass im Kampf der kasachischen Arbeiter alle Arten von Einmischungen stattgefunden haben und weiterhin auftreten werden. Russland hat offen Truppen geschickt, um die Regierung zu unterstützen und seine Position zu stärken, und es ist völlig sicher, dass weder die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder mit großen Investitionen in dem Land noch China mit seinem Bedarf für die Neue Seidenstraße passiv an den Entwicklungen teilnehmen wird.

Darüber hinaus werden auch die komplizierten internen Gleichgewichte und Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Sektoren der herrschenden Klasse eine entscheidende Rolle für den Ausgang dieser Krise spielen. Aus diesen Gründen muss die kasachische Arbeiterklasse ihre politische Unabhängigkeit um jeden Preis bewahren, ohne die Sirenenlieder zu beachten, die von

imperialistischen Mächten oder Teilen der herrschenden Klasse, einschließlich derjenigen, die jetzt im Westen im Exil leben, gesungen werden.

Es besteht die reale Gefahr, dass die fremdenfeindlichen Ausbrüche und Zusammenstöße zwischen den Bevölkerungsgruppen der jüngsten Vergangenheit reaktiviert und von allen Akteuren, die den großen Bodenschatz Kasachstans für sich beanspruchen wollen, ausgenutzt werden.

Um dieses Risiko zu verringern und zu verhindern, dass das aufständische Volk im Kampf der verschiedenen imperialistischen Mächte ausgenutzt wird, besteht der einzige Weg für die Arbeiterklasse Kasachstans darin, sich auf ein sozialistisches Programm zu stützen, das diktatorische Regime zu stürzen, die Macht zu übernehmen und die Verstaatlichung der Bodenschätze, der Industrie und des Finanzsystems voranzutreiben, um sie in den Dienst der Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu stellen.

Im Kampf für den Sozialismus und eine echte Arbeiterdemokratie wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, ihre Selbstverteidigungsorgane aufzubauen, sich gegen die brutale Unterdrückung zu wappnen, alle Unterdrückten über ethnische, sprachliche oder religiöse Grenzen hinweg zu vereinen und die aktive Solidarität der Arbeiter der imperialistischen Länder mit ihrem Kampf zu gewinnen.

## **Nuevo Rumbo (PCTE): Ainur Kurmanov, Vorsitzender der Sozialistischen Bewegung Kasachstans: "Die USA, die EU, Russland und China haben das derzeitige Regime in Kasachstan verteidigt". (17.01.22)**

Quelle: <https://www.nuevo-rumbo.es/2022/01/17/ainur-kurmanov-dirigente-del-movimiento-socialista-de-kazajistan-eeuu-la-ue-rusia-y-china-han-salido-en-defensa-del-regimen-actual-de-kazajistan/> (Eigene Übersetzung)

**Wir sprachen mit dem Genossen Ainur Kurmanov, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Bewegung Kasachstans, über die Mobilisierungen, die im Januar in dieser zentralasiatischen Republik stattgefunden haben, und die Analysen, die die kasachischen Kommunisten dazu anstellen.**

**Zunächst einmal vielen Dank, dass Sie uns bei "Neuer Kurs" zugehört haben. Können Sie uns bitte etwas über die derzeitige Lage in Kasachstan sagen?**

In Kasachstan wurde soeben auf Befehl von Kasim-Yomart Tokajew ein strenges Kriegsrecht verhängt, um die Volksdemonstrationen und den Streik der Arbeiter in der mineralgewinnenden Industrie sowie in der Metallurgie- und Stahlindustrie im Besitz amerikanischer und europäischer Unternehmen zu unterdrücken.

Am 6. Januar rückten Einheiten der Armee und der Nationalgarde in Almaty ein und erschossen zahlreiche unbewaffnete Demonstranten sowie arbeitslose Jugendliche, die am Vortag die örtliche Polizei und die Soldaten entwaffnet hatten und zu den Waffen griffen, um das Nasarbajew-Regime zu stürzen.

Zuvor, am 5. Januar, fanden im ganzen Land Massendemonstrationen und Streiks statt, bei denen die Absetzung aller amtierenden Staatsmänner und von Nasarbajew selbst gefordert wurde, und es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei in Almaty, Taldykhorgan, Shymkent und Kyzylorda. In Almaty besetzten Zehntausende von Demonstranten, meist arbeitslose Jugendliche, Verwaltungsgebäude.

Das Nationale Sicherheitskomitee und einige Regierungsgruppen versuchten, die Situation auszunutzen und Provokationen zu organisieren, indem sie Gefangene aus dem Gefängnis entließen und sich mit den von ihnen finanzierten Banden verbanden, um friedliche Proteste und Streiks im Land zu diskreditieren und eine Umstrukturierung innerhalb der Regierung selbst herbeizuführen. So versuchten sie im Fernsehen und in den Zeitungen, alle Demonstranten als Plünderer, Diebe, Mörder und sogar Terroristen darzustellen.

Offiziellen Angaben zufolge wurden in Almaty und anderen Städten im Süden Kasachstans bisher 8.000 Menschen verhaftet und etwa 164 getötet, aber in Wirklichkeit gab es noch viel mehr Tote, denn es gab echte Kämpfe gegen die aufständische Bevölkerung. Der Präsident bezeichnete die Sprecher als Terroristen und sagte, dass 20.000 bewaffnete Kämpfer von außen gekommen seien, aber das ist nicht wahr!

Um ein Blutvergießen zu verhindern, organisierten die Ölarbeiter im Westen Kasachstans sowie die Bergleute, Metallarbeiter, Kupferhütten und Bergleute in den Minen der Region Karaganda ihre Demonstrationen und beendeten die Streiks am Samstag, den 8. Januar. Doch seit dem 2. Januar gelang es den Arbeitern in den Industrieregionen, wo der Kern der Reden die Arbeiterklasse war, den Protestcharakter der Reden selbst zu sichern.

**In einem kürzlich von Ihnen veröffentlichten Artikel analysieren Sie, dass der derzeitige Kampf tief verwurzelt ist. Können Sie erklären, warum?**

Die Probleme der arbeitenden Massen in Kasachstan stehen im Zusammenhang mit der Rückkehr des Landes zum Kapitalismus. Zwei Drittel der direkt geförderten Rohstoffe gehören nicht Kasachstan, wie aus den verbindlichen Verträgen über die Nutzung des Untergrunds und den Vereinbarungen über die Produktionsaufteilung hervorgeht. Westliche Unternehmen zahlten einfach keine Naturpacht und hinterließen ein Brachland. Infolgedessen haben sich die Forderungen der Ölarbeiter seit 2008 auf die Verstaatlichung der mineralgewinnenden Industrie reduziert, da sie ihre ausländischen Chefs als die größte Bedrohung und das größte Problem des Landes wahrnahmen.

Die Arbeiter haben mit eigenen Augen gesehen, wohin die Privatisierung und die Rettung durch ausländische Kapitalisten geführt haben. Bei diesen früheren Streiks haben sie enorme Erfahrungen im Kampf und in der Solidarität gesammelt. Schon das Leben in der Wüste (im Westen Kasachstans gibt es riesige Wüsten- und Steppengebiete) zwang die Menschen, zusammenzuhalten. In diesem Sinne waren die Arbeiterklasse und der Rest der Bevölkerung vereint. Die Arbeiterproteste in Khanaozen und Aktau gaben dann den Ton in den anderen Teilen des Landes an.

**Wir wissen, dass die kommunistische Bewegung in Kasachstan geächtet ist. Wir sind daran interessiert, die Position der Kommunisten zu kennen und zu erfahren, welche Position sie seit dem Triumph der Konterrevolution in der UdSSR eingenommen haben...**

Von Beginn der Wiederherstellung der Kommunistischen Partei Kasachstans im Oktober 1991 an, als ein Drittel der Delegierten des "Liquidationskongresses" mit dem Vorschlag des damaligen Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPK, Nursultan Nasarbajew, die Partei in Sozialistische Partei Kasachstans umzubenennen, nicht einverstanden war, lehnten sie alle Bestrebungen zur Zerstörung der UdSSR ab. Die wiederbelebte Kommunistische Partei war die einzige Partei, die dazu aufrief, bei den unangefochtenen Wahlen 1991 gegen die Wahl Nasarbajews zum Präsidenten zu stimmen, und sich auch gegen die erzwungene Auflösung des Obersten Rates im Jahr 1993 stellte. Die Kommunisten waren von Anfang an gegen die Privatisierung, die Liquidierung der Produktion und die Marktreforemen und waren während der gesamten 1990er Jahre in der Arbeiterbewegung des Landes aktiv. Die Regierung hat mehrfach versucht, die Kommunistische Partei zu verbieten, was ihr 2015 auch gelungen ist. Unsere Organisation, die 2011 aus Kommunisten, Arbeitnehmern und Gewerkschaften hervorgegangen ist, verurteilt ebenfalls die Restauration des Kapitalismus und setzt sich für sofortige sozialistische Umgestaltungen ein.

**In Spanien sind die Informationen sehr voreingenommen und verworren, mit sehr unterschiedlichen Positionen. Einige sprechen von der Notwendigkeit, die Unterdrückung zu beenden, während andere behaupten, dass dieser Kampf zum Sturz der Regierung vom Ausland finanziert wird. Können Sie etwas Licht in diese Verwirrung bringen?**

Das heutige Kasachstan bemüht sich um den Aufbau eines uninationalen Staates und seine offizielle Ideologie ist der Nationalismus; alle Berichte über ein "prosovjatisches" Kasachstan sind ein Mythos. Im Jahr 2017 wurde in Kyzylorda ein Denkmal für Mustafa Shokai, den Vordenker der Turkestanischen Legion der Wehrmacht, errichtet. Heute betreibt der Staat eine radikale Geschichtsrevision, die sich insbesondere nach dem Besuch von Nursultan Nasarbajew in den Vereinigten Staaten vor einigen Jahren intensiviert hat. Auch die pan-türkische Bewegung ist aktiver geworden. Zuletzt wurde am 12. November 2021 in Istanbul auf Initiative von Nursultan Nasarbajew die Union der Türkischen Staaten gegründet. Die kasachische Elite hat ihre wichtigsten Trümpfe im Westen, weshalb die imperialistischen Staaten keinerlei Interesse an einem Sturz des derzeitigen Regimes haben, da es bereits vollständig auf ihrer Seite steht.

Das US-Außenministerium hat das derzeitige Regime in Kasachstan ebenso verteidigt wie die Behörden der Europäischen Union und die Staats- und Regierungschefs von Russland und China. Mit anderen Worten, es war eine greifbare Manifestation der bürgerlichen Klassensolidarität im Kampf gegen die Massenbewegung der Arbeiter und Volksschichten.

Es gibt auch nicht 20.000 islamische Terroristen, wie Präsident Tokajew in seiner Erklärung sagte. Ihm zufolge sollen sie in das Hoheitsgebiet von Kasachstan eingedrungen sein. Bislang wurde unter den Toten, Verletzten und Verhafteten kein einziger Staatsangehöriger eines arabischen Landes gefunden. Dieser Mythos einer Invasion von außen war notwendig, um den Einsatz von Panzern und schweren Waffen gegen Demonstranten und Streikende zu rechtfertigen und andererseits die Notwendigkeit zu erklären, OVKS-Truppen nach Kasachstan zu verlegen. Außerdem wurde auf

diese Weise versucht, das Bild von Arbeiterdemonstrationen und Massenprotesten in den Augen der Arbeiter anderer Republiken der Sowjetunion zu verteufeln.

**Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die verschiedenen Mächte oder welche Interessen könnten sie an dieser Bewegung haben?**

Bislang hat keine Kraft in dieser Protestbewegung oder in den Diskursen der Arbeiter eine Rolle gespielt, da die politische Arena vorerst vollständig liquidiert wurde; alle Oppositionsparteien und -bewegungen, einschließlich der Kommunistischen Partei, wurden aufgelöst. Alle unabhängigen Gewerkschaften wurden aufgelöst. Nach der Verabschiedung des arbeitnehmerfeindlichen Gesetzes "über Gewerkschaften" im Jahr 2014 wurden mehr als 600 Gewerkschaften im Land gerichtlich aufgelöst. Der letzte unabhängige Gewerkschaftsbund Kasachstans wurde 2017 durch einen Gerichtsbeschluss geschlossen, und vier seiner führenden Vertreter wurden zu verschiedenen Haftstrafen verurteilt.

Natürlich wird es auch in Zukunft Versuche der bürgerlichen Kräfte geben, die Protestbewegung zu kanalisieren, aber bisher ist das nicht geschehen, und es gibt auch keine Führer oder politischen Vereinigungen, die im Namen dieser Massen sprechen könnten, was wiederum beweist, dass es sich um eine soziale Explosion und eine tief verwurzelte Volksbewegung handelte, die eine Reihe gerechter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Forderungen stellte, die den Sturz des derzeitigen Regimes forderten.

**Können Sie uns ein paar Worte über die kasachische Regierung und ihre Politik gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk in den letzten Jahren sagen?**

Die kasachische Regierung handelt ganz im Interesse der Bourgeoisie und versucht, die Richtlinien des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank umzusetzen, indem sie die jüngste Privatisierungsphase im Interesse des westlichen Großkapitals steuert. In den letzten Jahren wurde das Gesundheitssystem nach amerikanischem Vorbild reformiert und eine obligatorische Krankenversicherung eingeführt, die für die ärmsten Bevölkerungsschichten nicht zugänglich ist. Der Prozess der Privatisierung von Krankenhäusern hat begonnen.

Das Bildungssystem wird in die gleiche Richtung reformiert, und das gesamte Sozialsystem wurde vollständig abgebaut. Außerdem wird das Renteneintrittsalter immer weiter angehoben und das solidarische Rentensystem abgeschafft. Die Strom- und Versorgungspreise steigen, und der Staat weigert sich, sie zu regulieren. Dieser Anstieg der Gaspreise war der Auslöser, der Grund für die massiven Proteste im Lande.

Natürlich müssen die Kommunisten noch mehr tun, um den Menschen klar zu machen, dass die Wurzel ihrer Probleme in der Tatsache liegt, dass die Macht und die Produktionsmittel in den Händen der Bourgeoisie sind.

**Gibt es in diesem Zusammenhang einen Protagonismus seitens der Arbeiterbewegung?**

Der Grund für diese Explosion der Unzufriedenheit war die Entscheidung der Regierung, Flüssiggas für Autos in den "Streubesitz" zu überführen (um es gegen Bargeld an der Börse zu verkaufen). Infolgedessen gewannen die Monopolisten, die den Preis am ersten Tag spekulativ

anhoben. Der Treibstoffpreis wurde von 60 auf 120 Tenge (bis zu 0,24 €) pro Liter erhöht, was dazu führte, dass am nächsten Tag, Sonntag, dem 2. Januar, Einwohner und Mitarbeiter von Ölgesellschaften, die Gasautos benutzen, zu spontanen Demonstrationen in Janaozen aufbrachen und Straßen blockierten.

Sie wurden sofort von den Einwohnern und Arbeitern aller Bezirkszentren der Region unterstützt, und am Nachmittag hatte sich bereits eine Demonstration im regionalen Zentrum von Aktay entwickelt, wo die Polizei zunächst erfolglos versuchte, die Menge vom Hauptplatz der Stadt Yntymak zu vertreiben. Infolgedessen wurden alle zentralen Straßen blockiert, und die Menschen weigerten sich beharrlich, sich zu entfernen.

Infolgedessen bildeten sich zwei Protestzentren, Janaozén und Aktau, wo die Teilnehmer beschlossen, eine unbefristete Demonstration abzuhalten, bis ihre Forderung nach einer Senkung des Gaspreises auf 50 Tenge pro Liter (0,10 €) vollständig umgesetzt ist. Parallel dazu stellten die Demonstranten eine weitere Forderung: eine 100-prozentige Erhöhung der Löhne.

Später, in der Nacht und dann am Morgen und Nachmittag des 3. Januar, schlossen sich die Arbeiterkollektive, die Erklärungen zur Unterstützung der Demonstranten abgegeben hatten, den Demonstranten an. Auf den Plätzen wurden Zelte und Jurten aufgestellt, die Bevölkerung organisierte Mahlzeiten und begann, Spenden zu sammeln. Das ist eigentlich nichts Neues, denn auch im Sommer und Herbst haben sich die Anwohner mit den Streikenden solidarisiert, indem sie Lebensmittel und Wasser zu den Zelten der Arbeiter brachten.

Man kann also sagen, dass die aktuellen Proteste eine Fortsetzung der Massenstreiks des letzten Jahres sind, die sich gegen die von der westlichen Unternehmensleitung auferlegte Optimierungspolitik richteten, bei der viele Hilfs- und Dienstleistungsbetriebe von der Hauptproduktion getrennt wurden.

Die Demonstranten waren auch empört über Berichte vom 3. Januar über die Bewegung von Militärtransportflugzeugen mit Truppen an Bord, was dazu führte, dass sich der Protest weiter ausbreitete und Bewohner und Arbeiter des regionalen Zentrums alle Eingänge zum Flugplatz blockierten und den Flughafen blockierten.

Diese Reaktion war auch zu erwarten, da wir uns alle noch gut an die Erschießung von Streikteilnehmern in Janaozen im Dezember 2011 erinnern, und war daher schmerzlich zu spüren. Bereits in der Nacht und am Morgen begann als Reaktion auf diese Maßnahmen der Behörden ein Generalstreik der Ölarbeiter in der Region Mangystau, und auch die Arbeiter des Tengis-Feldes in der benachbarten Region Atyrau stellten die Produktion ein.

Die Ölarbeiter des Unternehmens Tengizchevroil, das sich zu 75 Prozent im Besitz von US-Kapital befindet, traten in den Streik. Chevron hält 50 Prozent, ExxonMobil 25 Prozent und das kasachische Unternehmen KazMunayGas nur 20 Prozent der Anteile. Dort wurden kurz vor dem Jahreswechsel 40.000 Arbeiter auf einmal entlassen und auf die Straße geworfen. Die Streiks erstreckten sich jedoch nicht nur auf die gesamten Ölförderunternehmen in den fünf westlichen Regionen Kasachstans, sondern auch auf den gesamten Bergbau und die Metallurgie.

So traten am 4. Januar die Bergleute und Metallarbeiter des Unternehmens Arcelor Mital in der Region Karaganda sowie die Bergleute und Kupferhütten des Unternehmens Kazakhmys mit Beteiligung des britischen Kapitals in den Streik. Die örtlichen Metallarbeiter übernahmen die Stadt Iromtau in der Region Aktobe vollständig.

Die wichtigsten sozialen Forderungen der Streikenden waren eine Senkung der Preise für bestimmte Waren, eine Erhöhung der Löhne, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Beendigung von Entlassungen, die Freiheit der Gewerkschaftsarbeit und der Bau neuer Fabriken; die Schaffung einer modernen verarbeitenden Industrie zur Sicherung der Zukunft der Region.

Am 5. Januar wurden in Chanozhen, das zum eigentlichen politischen Hauptquartier der gesamten Arbeiterbewegung wurde, auch politische Forderungen erhoben: die Absetzung von Präsident Tokajew und aller Funktionäre um Nasarbajew, die Freilassung aller politischen Gefangenen und Inhaftierten, die Rückkehr zur Verfassung von 1993, die die Freiheit zur Gründung von Gewerkschaften, zum Streik und zur Gründung von Parteien garantiert. Dort wurde aus Vertretern aller Branchen der so genannte Ältestenrat gewählt, der zum Koordinationsgremium der Bewegung in der Region wurde und als Beispiel für die Einrichtung ähnlicher Ausschüsse und Räte in anderen vom Streik betroffenen Regionen diente.

Die Rolle der Arbeiterbewegung bei diesen Ereignissen war also entscheidend, denn es waren die Arbeiterkollektive, die das Rückgrat der Protestaktionen in den Industrie- und Gewerbegebieten bildeten.

Protestaktionen in den Industrieregionen und gaben den Anstoß zu Massendemonstrationen in allen Städten Kasachstans.

### **Was erwarten Sie auf kurze Sicht?**

Derzeit ist es Präsident Tokajew mit Hilfe ausländischer Truppen gelungen, die Lage durch die Errichtung eines Militärregimes vorübergehend zu stabilisieren. Aber das ist nur vorübergehend, denn trotz des Nationalpopulismus seiner jüngsten Reden bleiben alle Klassenwidersprüche und das politische System selbst, abgesehen von der Vorherrschaft der multinationalen Unternehmen, intakt. Es ist erwähnenswert, dass amerikanische und europäische Unternehmen die ersten waren, die den Präsidenten aufforderten, die Ordnung wiederherzustellen, und er war es, der am 5. Januar erklärte, dass das Eigentum und die Investitionen ausländischer Unternehmen mit der Macht des Staates geschützt werden würden. Natürlich wurden Truppen eingesetzt, um das Eigentum der US-Unternehmen Chevron und ExxonMobil im Tengis-Feld zu schützen, wo streikende Ölarbeiter zuvor die Eisenbahn und die Autobahn blockiert hatten.

Wir betrachten dies nicht als die endgültige Niederlage der Arbeiterbewegung. Im Gegenteil, die Ölarbeiter, Bergleute und Metallurgen sammelten unschätzbare Erfahrungen im Klassenkampf, und im Bergbau fand zum ersten Mal ein Generalstreik statt. Den Behörden ist es nicht gelungen, Arbeiterdemonstrationen und Streiks in Zentral- und Westkasachstan, wo die Arbeiter ihre Proteste ausgesetzt hatten, zu erschließen und niederzuschlagen. All dies bedeutet, dass es wieder einen Generalstreik geben kann, nur mit spezifischeren Bedürfnissen und einer besser entwickelten Kampftaktik.

Unsere Aufgabe ist es, die Schaffung von Klassengewerkschaften und die Wiederherstellung der Strukturen der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Bewegung an der Basis zu unterstützen und den arbeitenden Menschen zu zeigen, dass der Sozialismus die einzige Alternative ist, die ihren Interessen entspricht.

**Ich danke Ihnen.**

## **Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien: Zu den wertvollen Erfahrungen der Massenstreiks und -demonstrationen der Arbeiterklasse und des Volkes von Kasachstan (18. Januar 2022)**

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/CP-of-Greece-Joint-Statement-of-Communist-and-Workers-Parties-On-the-valuable-experience-of-the-great-strikes-and-demonstrations-of-the-working-class-and-the-people-of-Kazakhstan/>

1. Zu Beginn 2022 wurde Kasachstan, die ehemalige Sowjetrepublik in Zentralasien, von Massenmobilisierungen der Arbeiter und des Volkes erschüttert. Die Ursachen dieser Aktionen liegen in den verschärften wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen, mit denen die Arbeiter aufgrund der Restauration des Kapitalismus im Lande konfrontiert sind. 30 Jahre nach der Konterrevolution und der Auflösung der UdSSR gingen die Macht und die Produktionsmittel in die Hände des Kapitals über und nunmehr kontrollieren die multinationalen Monopole einen großen Teil des Förderungs- und Bergbausektors der Wirtschaft.
2. Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die diese gemeinsame Erklärung unterzeichnen, bekunden ihre Solidarität mit den berechtigten ökonomischen und politischen Forderungen der Demonstranten: Lohn- und Pensionserhöhungen, Senkung der Treibstoffpreise, Herabsetzung des Renteneintrittsalters, Beseitigung der Auswirkungen der Privatisierungen, Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen, gewerkschaftliche und politische Freiheiten und Rechte. Unser besonderer Gruß gilt den Industriearbeitern Westkasachstans, die das Herzstück dieser Massenmobilisierung des Volkes waren.
3. Die bürgerlichen Kräfte haben versucht, die Mobilisierungen in Almaty und Südkasachstan im Zuge ihrer Konkurrenz um ihre wirtschaftliche und politische Machtanteile auszunutzen.
4. Die inakzeptable russische Militärintervention durch die von Russland geführte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) wurde genutzt, um den Erschütterungen der bürgerlichen Macht unter den Bedingungen der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz in der bedeutenden Region Zentralasiens entgegenzuwirken. Diese Region ist ein Feld eines heftigen Machtkampfes zwischen mächtigen Monopolen und kapitalistischen Staaten, wie den USA.



5. Die Präsenz der OVKS-Kräfte erleichterte die Niederschlagung der Mobilisierungen durch den bürgerlichen Staat. Die Entwicklungen zeigen den Klassencharakter dieser zwischenstaatlichen Bündnisse, die, wie die EU und die NATO, auf der Grundlage des Kapitalismus gebildet werden. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die bürgerliche Macht in den einzelnen Ländern und im Bündnis insgesamt zu sichern, um die Klassenausbeutung der Werktätigen fortzusetzen. Wie der Fall Kasachstans zeigt, richten sich die Existenz und Tätigkeit dieser Organisationen gegen das Volk und sind zu verurteilen.

6. Hinsichtlich der Bemühungen imperialistischer Kräfte, die darauf abzielen, solche Arbeitermobilisierungen für ihre eigenen Interessen auszunutzen und „Farbenrevolutionen“ herbeizuführen, betonen unsere Parteien, dass diese Interventionen entkräftet werden können, und zwar nicht durch die Stigmatisierung jeder Art von Mobilisierungen des Volkes, sondern durch die Verteidigung der Selbständigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse und die Ablehnung jeder politisch-ideologisch-organisatorischer Verstrickung mit jedweder regionalen oder internationalen Macht. Die internationale kommunistische Bewegung darf weder nach Freundschaften in der imperialistischen Welt suchen, noch den Klassenkampf unter dem Vorwand des internationalen Kräfteverhältnisses aufschieben. Mehr noch, ist es Pflicht der kommunistischen Bewegung, die gesellschaftlichen Mobilisierungen vor den Umtrieben der bürgerlichen Regierungen und den innerbürgerlichen Gegensätzen zu schützen und in dieser Sache wachsam zu sein.

7. Die Entwicklungen in Kasachstan unterstreichen die Notwendigkeit einer starken kommunistischen Partei in jedem Land, mit einem revolutionären Programm und starker Verankerung in der Arbeiterklasse. Diese Partei muss in der Lage sein, die Arbeiter und das Volk gegen den Kapitalismus und die Monopole zu sammeln und zu mobilisieren. Damit wird ihr Kampf wirksam und den Weg des Sozialismus aufzeigen, der die einzige Alternative zur kapitalistischen Barbarei ist.

8. Die Ereignisse in Kasachstan und anderen Ländern, in denen die bürgerliche Macht die Mobilisierungen des Volkes gewaltsam unterdrückt hat, zeigen einmal mehr die große Bedeutung der internationalen Solidarität der Arbeiter und die Aktualität der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“.

## **MLPD: Die DKP und Kasachstan. Eine Schande für jeden ehrlichen Kommunisten (18. Januar 2022)**

Quelle: <https://www.rf-news.de/2022/kw03/eine-schande-fuer-jeden-ehrlichen-kommunisten>

Auf der LLL-Vorfeier der DKP in Berlin eröffnete ihr Vorsitzender Patrik Köbele eine Energiepreisstop-Kampagne und sprach "ein paar Worte zu den Entwicklungen in Kasachstan".

"Es ist wenig zweifelhaft, dass es in Kasachstan große soziale Verwerfungen gibt. Es ist aber genauso unzweifelhaft, dass Kasachstan für die Einkreisungspolitik von NATO, USA und EU gegenüber der Russischen Föderation und der Volksrepublik China zentrale strategische Bedeutung

hat. Wir kennen das Drehbuch von Farbenrevolutionen. Widersprüche, vor allem soziale, werden ausgenutzt, um Prozesse auszulösen, die anfangs wie soziale Revolutionen aussehen und danach entweder dem Imperialismus direkte Zugänge ermöglichen oder Staatlichkeit zerstören. ... Es ist deswegen mehr als verständlich, dass Russland, aber auch die 'Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit' (ODKB) der Bitte der Regierung von Kasachstan entsprachen und Hilfe, auch militärische, organisierten."

Anders ausgedrückt: ein Arbeiter- oder Volksaufstand darf immer dann militärisch niedergeworfen werden, wenn der westliche Imperialismus hierauf Einfluss nehmen könnte oder die Regierung darum bittet. Da der Imperialismus auf alles Einfluss nimmt und jede kapitalistische Regierung Arbeiteraufstände fürchtet, trifft das zu, solange Kapitalismus und Imperialismus existieren. Dass ausgerechnet die Arbeiterkämpfe in Kasachstan dem Imperialismus "direkte Zugänge" ermöglichen, ist reine Volksverdummung. Natürlich sitzen Monopole aus aller Welt, NGOs und Stiftungen seit den 1990er-Jahren auch in Kasachstan. Ausplünderung der natürlichen Reichtümer und Ruinierung der sozialen Lage des Volkes sind seit Jahrzehnten ihr gemeinsames Geschäft und Gegenstand ihrer Konkurrenz. Nicht nur Russland ist mit Kasachstan verzahnt: Die US-Energiekonzerne Chevron und Exxon kooperieren mit dem kasachischen Staatsölkonzern Kazmunaigaz beim sechstgrößten Ölfeld der Welt, Tengiz, nahe dem Kaspischen Meer. Auch sie waren bestreikt worden.

Eine ganze Reihe der mit der DKP im Solid.net und dem "Meeting europäischer kommunistischer und Arbeiterparteien" verbundenen Organisationen teilen den Vasallenstandpunkt der DKP-Spitze nicht. So erklärt die neorevisionistische KKE (Kommunistische Partei Griechenland) durch ihre Büro für internationale Beziehungen am 5. Januar: "Die KKE begrüßt die breiten Arbeiterstreiks und Volksdemonstrationen in Kasachstan gegen hohe Preise, Arbeitslosigkeit, Armut, Elend und andere große soziale Probleme, zu denen das kapitalistische System Millionen Menschen 30 Jahre nach dem konterrevolutionären Umsturz und Auflösung der UdSSR geführt hat. Wir erklären unsere Solidarität mit den Tausenden Arbeitern, die trotz Polizeistaat und Repressionsregime die Straßen einnahmen." (Von der englisch-sprachigen Webseite der KKE übersetzt).

Nur zu dumm, dass die Arbeiterklasse und die aufrechten Kommunisten Kasachstans nicht auf die DKP gehört haben. Ob es sie tröstet, dass die Polizeiknüppel mit dem Segen der Deutschen Kommunistischen Partei auf ihre Köpfe prasseln? Die DKP ist mal wieder zur Stelle, wenn angeschlagene Ex-Revisionisten die Keule gegen aufständische Arbeiter schwingen: Von Breschnew CSSR 1968 über Jaruzelski Polen 1981 bis zum ANC in Südafrika 2012 (Marikana-Massaker). In der UZ (DKP-Zeitung Unsere Zeit) vom 14. Januar geht Klaus Wagener noch weiter und lobt: "In einer solchen Lage ist entschlossenes Handeln entscheidend. ... Die Eurasische Kooperation, der Einfluss Russlands und Chinas wurde in der letzten Woche nicht nur gesichert, sondern auch deutlich verstärkt." Diese DKP-Führung hat das Lager der internationalen Arbeiterklasse gegen die Vasallentreue zu Putin und Xi Jinping getauscht. Eine Schande für jeden ehrlichen Kommunisten.

In einer Presseerklärung des ZK der MLPD kritisiert die Internationalismusverantwortliche der MLPD, Monika Gärtner-Engel: „Dass der Vorsitzende der revisionistischen DKP, Patrik Köbele, erklärte, der Einmarsch sei 'mehr als verständlich' zeigt, wie tief der Opportunismus gesunken ist.

Die MLPD hat dagegen mit in Deutschland exklusiv veröffentlichten Hintergrundinformationen sowie authentischen Berichten von Gewerkschaften über die Verhältnisse aufgeklärt und ihre Solidarität mit den Arbeiter- und Volkskämpfen erklärt. Über die ICOR konnten wir auch die bemerkenswerte Solidarität russischer Revolutionäre international verbreiten."

## **KKE/KNE: KKE and KNE expressed their solidarity with the people of Kazakhstan (19. Januar 2022)**

Quelle: <https://inter.kke.gr/en/articles/The-KKE-and-KNE-expressed-their-solidarity-with-the-fighting-people-of-Kazakhstan/>

On Wednesday morning, 19 January 2022, delegations of the KKE and KNE held a protest at the Embassy of Kazakhstan in Athens, expressing their solidarity with the fighting people of the Central Asian country, which was recently shaken by mass demonstrations.

"We denounce the bloody repression, the death toll, and the arrest of thousands of demonstrators", stressed Lefteris Nikolaou-Alavanos, MEP of the KKE.

He added that the delegations held a meeting with the counsellor in the Embassy of Kazakhstan and demanded the immediate release of the arrested demonstrators and all political prisoners as well as the meeting of the demands of the mobilizations, including demands for trade union freedoms. They also called for the cessation of political persecution, the lifting of the ban on the Communist Party of Kazakhstan, and the legalization of the action of the Socialist Movement of Kazakhstan.

"This struggle will not end here. The KKE and KNE will militantly continue expressing their solidarity with the people of Kazakhstan", underscored Lefteris Nikolaou-Alavanos.

## **Dimitri Nowikow (KPRF): Destruktive Kräfte versuchten die gerechtfertigte Unzufriedenheit der Werktätigen Kasachstans zu nutzen. Vom berechtigten Protest zum Terror (21. Januar 2022)**

Quelle: <https://www.unsere-zeit.de/vom-berechtigten-protest-zum-terror-164868/>

In ganz Kasachstan ist es zu Massenprotestaktionen gekommen. In Almaty nahmen sie die Form blutiger Unruhen mit zahlreichen Opfern und Zerstörungen an. Der Ausbruch von Massenempörung war eine Folge lang aufgetauer Unzufriedenheit des Volkes. Die Ereignisse in Kasachstan umfassten sowohl soziale Proteste als auch Aktivitäten einer „Fünften Kolonne“ und die Aktivitäten terroristischer Gruppen.

Im Rahmen der UdSSR haben die Brudervölker Russlands und Kasachstans gemeinsam aufgebaut und gesiegt. In der Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit und des Vertrags über kollektive Sicherheit zeigte sich das Bestreben unserer Völker, diese Integration wiederzubeleben. Die heutige Situation in Kasachstan ist eine direkte

Folge der Zerstörung der UdSSR. Der Übergang zum Kapitalismus verurteilte die Werktätigen unausweichlich zu Verarmung, Rechtlosigkeit und sozialer Spaltung. Die fortgeschrittenen Produktionszweige gingen im Strudel der Privatisierung unter. Der Rohstoffsektor wurde an ausländisches Kapital vergeben. Die Konzerne Chevron und Exxon Mobil (USA), Total (Frankreich), Royal Dutch Shell (Britannien und Niederlande) fassten im Öl- und Gassektor Fuß. ArcelorMittal, ein transnationaler Konzern, wurde der Eigentümer der Stahlindustrie.

In enger Verbindung mit dem ausländischem Kapital entwickelte sich die junge Bourgeoisie Kasachstans. Hier wurde ein typisches oligarchisch-kompradorisches System geschaffen. In der Republik nahmen die sozialen Spannungen beständig zu. Im Jahr 2011 endete ein monatelanger Streik von Erdölarbeitern in Shanaosen mit Zusammenstößen und dem Tod von 16 Menschen.

Die soziale Unterstützung während der Pandemie erwies sich als klar unzureichend. Wie Russland durchlebte Kasachstan eine zerstörerische „Optimierung“ des Gesundheitssystems, was sich direkt darauf auswirkte, wie das Land auf die Epidemie vorbereitet war. Auf dem Hintergrund der Pandemie stieg die offizielle Armutsquote. Erhebungen zufolge ist der Anteil derer, die nicht einmal genug zu essen haben, von 3 auf 13 Prozent gestiegen. Weitere 44 Prozent geben an, dass ihr Geld nur für Lebensmittel reicht.

Während der Jahre 2020 und 2021 gingen die Streiks in den Unternehmen Kasachstans weiter. Tausende von Menschen wehrten sich gegen Lohnrückstände und Entlassungen und forderten, die Löhne zu erhöhen. Die gerechtfertigten Forderungen wurden von der Regierung ignoriert. Selbst nach offiziellen Angaben betrug die Inflation bei den Lebensmitteln im Land in zwei Jahren 20 Prozent.

Anstatt die sozialen Probleme zu lösen, zog die herrschende Klasse es vor, die Gesellschaft durch Feindschaft zwischen den Nationalitäten zu spalten. In den Schulbüchern ist vom „russischen Kolonialismus“ und vom „blutigen sowjetischen Totalitarismus“ die Rede. Offiziell läuft eine Kampagne zur Rehabilitation der „Opfer der politischen Repressionen“, einschließlich der auf die Seite Hitlers übergegangenen Kollaborateure. Der Regierung nahestehende nationalistische Kräfte haben ausdrücklich eine „endgültige Dekommunisierung“ gefordert. Im Land werden die letzten Lenin-Denkmäler gestürzt, Straßen, Stadtteile und ganze Städte werden umbenannt. Ende des vergangenen Jahres wurden Dutzende von Straßen in Uralsk, Semey und anderen Städte umbenannt.

Trotz der offiziell postulierten Völkerfreundschaft schränkte die Führung Kasachstans den Anwendungsbereich der russischen Sprache konsequent ein und diskriminierte russischsprachige Bürger. Diese Politik hat zu einer Massenabwanderung der russischsprachigen Bevölkerung geführt. Allein im Jahr 2019 verließen 45.000 Menschen das Land, 85 Prozent davon Russen, Ukrainer und Deutsche.

Während sie die Nationalisten toleriert, vernichtet die Regierung Kasachstans systematisch die linke Opposition. Sowohl die Kommunisten als auch die unabhängigen Gewerkschaften wurden unter Druck gesetzt. Diese Politik wurde in jeglicher Weise von zahlreichen prowestlichen NGOs in Kasachstan begrüßt. Die Beziehungen mit den USA haben das Niveau einer „erweiterten

strategischen Partnerschaft“ erreicht. Jedes Jahr finden in der Republik unter der Bezeichnung „Steppenadler“ gemeinsame Militärübungen mit der NATO statt. Unter Beteiligung der US-Amerikaner wurden mehrere Biolaboratorien errichtet, deren Forschungen bei einheimischen und ausländischen Experten viele Fragen aufwerfen.

Unmittelbarer Anlass für die soziale Explosion war die starke Steigerung der Preise für Flüssiggas – direkt auf das Doppelte. Davor hatte die Regierung den Übergang zu „Preisbildung durch den Markt“ und die vollständige Aufhebung von Subventionen angekündigt. Der Herd der Unzufriedenheit lag in Westkasachstan, wo das Flüssiggas produziert und besonders breit genutzt wird. Die Empörung griff auf andere Regionen über. Zunächst hatten die Proteste friedlichen Charakter. Die Kundgebungsteilnehmer forderten eine Senkung von Preisen, höhere Löhne und Sozialleistungen und bestanden auf der Rückkehr zum früheren Renteneintrittsalter. Als Zeichen der Solidarität riefen die Arbeiter mehrerer Ölfelder den Streik aus.

Aber die Situation änderte sich schnell. Die ersten Akte von Terror und Vandalismus wurden in den Städten Shahaosen und Aktau begangen. Dann gingen die Unruhen in gewaltsame Zusammenstöße in Almaty und anderen Städten über. Gruppen bewaffneter Jugendlicher griffen Sicherheitskräfte an, besetzten und verwüsteten Gebäude, überfielen Ärzte, Feuerwehrleute und Zivilisten. Eine Welle von Plünderungen erfasste die Stadt. Kriminelle Gruppen nutzten die Volksaufstände zur Erreichung ihrer eigenen Ziele.

Hinter den zerstörerischen Ereignissen in Kasachstan stehen verschiedene Kräfte.

Erstens: Radikale islamistische Zellen. Auf deren Aktivität verweist die Brutalität gegen die Sicherheitskräfte; es ging bis hin zu Enthauptungen.

Zweitens: Agenten äußerer Kräfte. Almaty gilt traditionell als Bastion des liberalen Einflusses. Hier befinden sich die Büros vieler prowestlicher NGOs.

Drittens: Kriminelle, die mit nationalistischen Gruppierungen verbunden sind. Ihr „Entwurf“ zeigt sich in Angriffen auf Justizgebäude und Sitze von Spezialdiensten, deren Inbrandsetzung, die Erbeutung von Waffen und Plünderungen in Geschäften.

Infolgedessen wurden hunderte von Bürgerinnen und Bürgern in die Krankenhäuser eingeliefert, Dutzende liegen auf den Intensivstationen, es gibt Tote. Es ist nicht auszuschließen, dass die Aktionen aller destruktiven Kräfte von einem Zentrum aus koordiniert wurden. Die Art der Aktionen der Randalierer zeugt von geplanten Schritten, die aus dem Ausland koordiniert und finanziert werden. Als am 2. Januar das „Neujahrsgeschenk“ der Regierung – der Anstieg der Gaspreise – die Bevölkerung Kasachstans schockierte, nutzte der terroristische Untergrund den Ausbruch von Empörung sofort. Ihnen gelang es einerseits, sich mit der Masse der Protestierenden zu verschmelzen, andererseits sich auf deklassierte und kriminelle Elemente zu stützen. Die KPRF hat die Versuche, Kasachstan von außen zu destabilisieren, entschieden verurteilt.

Der Präsident Kasachstans verhängte den Ausnahmezustand über das Land und entließ die Regierung. Angesichts der Einmischung äußerer Kräfte wandte sich Astana mit einer Bitte um Hilfe an seine Partner. Der Kollektive Sicherheitsrat der OVKS entsprach dieser Bitte.

Die KPRF ist für die Rückkehr Kasachstans auf ein friedliches Gleis. Als Hauptaufgabe des vom OVKS entsandten Friedenskontingents sehen wir den Schutz von strategischen Objekten, die das normale Leben der Bürger gewährleisten sollen. Die Bevölkerung muss vor terroristischen Angriffen geschützt werden.

Wir meinen, dass die Führung Kasachstans einen Fehler machen würde, wenn sie den Weg der Verfolgung friedlicher Protestierender beschreitet und sie alle als „Terroristen“ und „Kämpfer“ einstuft. Die Regierung muss die berechtigten Forderungen nach einer Verbesserung der Lage der Bürger, nach dem Schutz ihrer sozialen, ökonomischen, arbeitsrechtlichen und bürgerlichen Rechte hören und erfüllen.

Nach Meinung der KPRF muss die Führung der Republik die Erscheinungen von russophober und antisowjetischer Politik unterbinden. Notwendig ist eine sorgfältige Analyse der Aktivität prowestlicher Organisationen und Medien. Es ist Zeit, die Aktivität derjenigen von diesen einzustellen, die Zwietracht zwischen den Nationalitäten säen.

Alle müssen begreifen: eine Politik, die Ungleichheit und Armut hervorbringt, wird unweigerlich den Geduldsfaden der Volksmassen zum Reißen bringen. Und in einer solchen Situation werden dann weder Repressionen noch die Droge des Nationalismus noch die Rachsucht des Antikommunismus helfen. Wirklichen Frieden und Stabilität im Lande Kasachstan, wie auch in allen übrigen Ländern, wird nur die Beseitigung der fundamentalen Ursachen der sozialen Spaltung bringen.

## **Rizospasis (KKE): Der Klassenkampf lässt sich nicht beschmutzen, er war und bleibt der „Antrieb“ der gesellschaftlichen Entwicklung (22. Januar 2022)**

Die großen Streiks und die Massende-monstrationen der Arbeiter und des Volkes, die Kasachstan zu Beginn des Jahres erschütterten, haben gezeigt, dass selbst unter den Bedingungen der Konterrevolution, der harten Verfolgung, der drakonischen politischen und gewerkschaftlichen Gesetze, des Verbots von 600 Gewerkschaften und kommunistischen Parteien und Organisationen, die gesellschaftlichen Widersprüche die Entwicklungen durchdringen und sich manifestieren können, wenn die richtigen Bedingungen geschaffen werden. Sie können intensive Eigenschaften annehmen und sich in einen sozialen Konflikt zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie verwandeln und bestätigen, dass „das, was die Stunde bringt, die Zeit nicht bringen wird“. Der Klassenkampf als treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung hat eine objektive Grundlage und drückt den nicht befriedbaren Konflikt zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten aus. Das haben wir in Kasachstan erlebt, das sich in einer Region von großer strategischer Bedeutung befindet, mit einer wichtigen Rolle in der Weltwirtschaft, das Zugang zum Kaspischen Meer hat,

der Quelle riesiger Kohlenwasserstoffreserven, das 70% des BIP der zentralasiatischen Staaten produziert und über bedeutende Ressourcen, Erdgas und Öl, Uran, Gold usw. verfügt.

Die kasachischen Monopole beuten die Arbeiterklasse zusammen mit den amerikanischen Monopolen von zB Chevron und ExxonMobil, den europäischen Monopolen „Eni“, „Shell“ und „Total“, der China National Petroleum Corporation (CNPC) und anderen chinesischen, russischen, niederländischen, bel-gischen und französischen Großunternehmen aus, die Milliarden von Dollar im Land investiert haben.

Die kasachische Bourgeoisie verfolgt die sogenannte „multidimensionale Politik“. Sie priorisiert die Beziehungen zu Russland und unterhält starke Beziehungen zu China, den USA und anderen mächtigen kapitalistischen Staaten, um ihre eigenen Interessen effektiver zu sichern und sich in der Region aufzuwerten.

Es nimmt an der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit teil, der Organisation des Paktes für kollektive Sicherheit, es wurde in die von China vorangetriebene „Neue Seidenstraße“ aufgenommen. Gleichzeitig nimmt es an der sogenannten „Partnerschaft für den Frieden“ der NATO teil, an NATO-Übungen, es hat die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit den USA verstärkt, die dort sogar Labors für biologische Kriegsführung haben, sowie mit der EU, in die der größte Teil seines Energiereichtums fließt, es ist in der „Organisation Türkischer Staaten“, die von der NATO-geführten Türkei forciert wird, usw.

**Das Interesse der USA, Russlands, Chinas, der mächtigen Mitgliedstaaten der EU, der Türkei usw. ist stark. Imperialistische Machtkämpfe und innerbürgerliche Gegensätze sind gegeben, aber das kann die Bedeutung der Mobilisierungen des Volkes, des Klassenkampfes, nicht überschatten und ihre Bedeutung verringern. Im Gegenteil, diese Tatsache unterstreicht die Wichtigkeit der Kämpfe, die sich unter diesen schwierigen Umständen entwickelt haben.**

### **Die Mobilisierungen des Volkes entwickelten sich auf einer bestimmten Grundlage**

In Kasachstan, wie in allen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, sind die Zeichen des Sturzes des Sozialismus und der Restauration des Kapitalismus unauslöschlich, mit schweren Folgen zulasten der Arbeiterklasse und der Volksschichten. Die Macht des Kapitals und der kapitalistische Besitz der Produktionsmittel, die auf Profit basierende Entwicklung und die volksfeindliche Politik der Nasarbajew-Regierungen nach der Konterrevolution verschlechterten den Lebensstandard von Jahr zu Jahr. Die Arbeitslosigkeit und die Armut umfassten breite Volkskräfte, soziale Dienstleistungen wurden schlechter, der Grad der Ausbeutung erreichte ein hohes Niveau, Reichtum füllte die Tresore in- und ausländischer Kapitalisten, die stürmisch in Branchen von strategischer Bedeutung eindringen.

Die Arbeiterklasse reagierte, und 2011 wurden im Westen Kasachstans, in der Stadt Zanaozen, im Bergbau monatelange Streiks organisiert, die mit brutaler Repression, mit Toten, Verwundeten und einer großen Anzahl von Verhaftungen niedergeschlagen wurden. Der bürgerliche Staat verbot die KP und Hunderte von Gewerkschaften.

Dieser Kampf war ein Vermächtnis für die Arbeiterklasse und beeinflusste die folgende Periode. Mit der Übergabe der „Herrschaft“ von Nasarbajew an seinen gewählten neuen Präsidenten Tokajew und dem Wechsel zur bürgerlichen Regierungsführung im Jahr 2019 setzte sich die volksfeindliche Politik fort, die soziale Polarisierung zwischen Armut und Reichtum nahm große Ausmaße an und der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verschärfte sich weiter.

In den letzten zwei Jahren gab es neue Streiks von Gewerkschaften oder Streikkomitees, die nicht die offizielle Anerkennung der Behörden hatten, während die zu Beginn des neuen Jahres angekündigte mehr als Verdoppelung des Erdgaspreises, die objektiv zu einer allgemeinen Teuerung der Nahrungsmittel und der Konsumgüter des Volkes geführt hätte, der Funke war, der das Feuer der neuen großen Arbeiter- und Volkskämpfe entzündete, der Erhebung, die wir Anfang Januar erlebt haben.

Die Proteste begannen im Westen Kasachstans, in der Region Mangistau, in Aktau und Zanaozen auf Initiative der Arbeiter der Ölbergbauindustrie, die den Kampf anführten. Formen der Selbstorganisation tauchten auf, es wurde Arbeiterräte gebildet. Dieses Beispiel war eine Richtschnur und löste die Generalisierung der Demonstrationen aus, welche die Schlüsselregionen umfassten und das Land durchdrangen.

### **Diese Kämpfe haben wichtige, qualitative Elemente**

Die führende Rolle nahm das Industrieproletariat ein, es lähmte den Bergbau, die Metallurgie und große Teile der Kohlebergwerke, das Herz der Wirtschaft. Die Arbeiter der Ölindustrie der Firma „Tengiz chevr oil“ am Kaspischen Meer, die vom amerikanischen Kapital kontrolliert wird, traten in den Kampf ein. Die Arbeitslosen, sehr arme Volksschichten, stießen mit der Polizei zusammen. Es wurden Massenkundgebungen in großen Städten, in regionalen Zentren des Nordens und im Osten Kasachstans organisiert, Gebäude wurden besetzt.

### **Die Taktik des bürgerlichen Regimes**

Die Aufrufe zu „sozialem Frieden“ wurden zunächst mit dem Versuch verbunden, die Situation zu entschärfen, mit dem Versprechen, den Erdgaspreis zu senken. Präsident Tokajew entließ den Ministerpräsidenten und die Regierung, entfernte Nasarbajew vom Posten des Präsidenten des Sicherheitsrates, aber die aufständischen Arbeiter hielten durch, die Proteste gingen mit größerer Intensität weiter, mit dem Streik als Hauptwaffe. Der Versuch, die Forderungen des Kampfes zu kriminalisieren, ging nicht durch, die Arbeiterklasse kann sich der bürgerlichen Legitimierung nicht beugen, sie folgt der Form, die den Kampf effektiver machen wird.

Diese Tatsache ist von großer Bedeutung, denn trotz der Schwierigkeiten beim Aufbau des Arbeiter- und Volkskampfes gab es Reaktionen, die die Unabhängigkeit des Kampfes verteidigten und dabei die Verwicklung in die innerbürgerlichen Widersprüche zwischen der gegenwärtigen und der vorherigen Präsidentenclique ablehnten, die sich im weiteren Verlauf verschärfen. Die Demonstrationen ließen sich nicht von den Bestrebungen des Bankiers Ablyazov fangen, der als Vertreter von Teilen der Bourgeoisie mit Verbindungen zu den USA Interventionen aus dem Ausland unternahm.



Der bürgerliche Staat befand sich in einer schwierigen Lage, rief den Ausnahmezustand aus, setzte brutale Repression ein, beging Dutzende von Morden und nutzte bei seinen Plänen auch provozierende Gruppen. Er rief unter dem Vorwand eines Angriffs von „Terroristen“ den Militärapparat der Organisation des Kollektiven Sicherheitspakts (OVKS) an, in dem Russland der Protagonist ist, der militärische Eliteeinheiten an die Seite der bürgerlichen Regierung schickte und die Arbeiterklasse, das kämpfende Volk, hinmetzelte.

**Ein weiteres Mal zeigte sich, dass die verbündeten Bourgeoisien und die imperialistischen Bündnisse, die von den kapitalistischen Staaten gebildet wurden, nicht zögern, bei der Sicherung der bürgerlichen Macht und der Festigung ihrer Position gegenüber ihren Konkurrenten zu Hilfe zu eilen.**

Die Tatsachen sind unverkennbar und entlarven all jene, einschließlich einiger KPs, die sich mit ihrer Haltung gegen den Volkskampf wandten und ihn kriminalisierten, die die Behauptungen der bürgerlichen Regierung akzeptierten und die imperialistische Intervention Russlands unterstützten, die im Dienst der Bourgeoisien Vorwände für euro-atlantische Interventionen lieferten.

Die Tatsache, dass es Erfahrungen mit den sogenannten „bunten Revolutionen“ gibt, mit der Intervention der Amerikaner und der EU, wie in der Ukraine, oder der Beteiligung provokativer Instrumente, die aktiv an diesen Fällen beteiligt sind, darf nicht zur Beschmutzung der Volkskämpfe führen, sondern zu ihrer Unterstützung, zu einem entschiedeneren Ausdruck internationalistischer Solidarität.

**Der Klassenkampf wird nicht in einem „sauberen“ Umfeld geführt, er ist in das komplexe Geflecht aus innerbürgerlichen Widersprüchen und imperialistischen Konkurrenzkämpfen verstrickt. Die Kommunisten haben die Pflicht, die jedes Mal neuen Elemente zu erkennen und sich auf der Grundlage von Klassenkriterien zu positionieren, ihre Unterstützung für den Kampf der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen, seine Orientierung zu untersuchen, Positionen abzulehnen, die zum Einfangen des einen oder anderen Teils der Bourgeoisie, des einen oder anderen imperialistischen Zentrums führen, und das ist von besonderer Bedeutung für die Ereignisse in Kasachstan.**

Die Mitglieder, die Kräfte, die sich in der Sozialistischen Bewegung Kasachstans unter den Bedingungen der Illegalität zusammenschließen, in einem Umfeld eines sehr negativen Kräfteverhältnisses, nahmen am Kampf teil, sie versuchten in die Entwicklungen einzugreifen, insbesondere in der Region Zanaozen. Die Empörung und die Wut verwandelten sich in organisiertes Handeln. Die Forderungen nach einer Erhöhung der Löhne und Renten, die Kontrolle der Preise, der Widerstand gegen die Anhebung des Rentenalters und gegen Privatisierungen, die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung, die Forderung nach Bürgerrechten und -freiheiten und anderes spielten eine entscheidende Rolle beim Zusammenschluss und bei der Mobilisierung der Arbeiterkräfte.

**Die Ereignisse in Kasachstan werfen sehr wichtige Fragen auf**

Der Ruf der Bourgeoisie nach militärischer Unterstützung durch das mit ihr verbündete kapitalistische Russland markierte die Aktivität des „inneren Feindes“, des kämpfenden Volkes, er

drückte die Angst vor der Eskalation des Klassenkampfes und der Herausbildung revolutionärer Zustände aus. Die Bourgeoisie verteidigte ihre Souveränität und ergriff Maßnahmen, um die Kontrolle aufrechtzuerhalten, um keine „Kluft entstehen zu lassen, durch welche die Unzufriedenheit und die Empörung der unterdrückten Klassen eindringen werden“.

Das Problem, das sich, wie in anderen Fällen, in denen Volkskräfte in den letzten Jahren in den Vordergrund getreten sind, herauskristallisiert hat, ist die Ebene des subjektiven Faktors, der Zustand der revolutionären Bewegung, der Arbeiterbewegung, die nicht die Kraft und die Orientierung dazu hatte, die Ziele des Kampfes und die Eskalation des Kampfes, sowie seine Führung in Richtung eines totalen Bruchs mit der bürgerlichen Macht anpassen.

**Daher betrifft die Hauptschlussfolgerung die Notwendigkeit einer starken Kommunistischen Partei mit einer revolutionären Strategie und starken Verbindungen zur Arbeiterklasse, um in den Klassenkampf einzugreifen, militante Stimmungen gegen die bürgerliche Macht, die durch die innerbürgerlichen Antagonismen verursachten Gräben zu gestalten und auszunutzen, um den Kampf vor dem Eingreifen bürgerlicher und reformistischer Kräfte, durch provokative Mechanismen aus dem In- und Ausland zu schützen. Sie muss die Arbeiterklasse täglich auf den Sturz des ausbeuterischen Systems unter den Bedingungen des revolutionären Zustandes vorbereiten, was der Albtraum der Kapitalisten und ihrer politischen Vertreter ist.**

Die Entwicklungen in Kasachstan sind eine Quelle der Erfahrung und der Lehren, sie fügen dem Klassenkampf, dem Konflikt zwischen Arbeitern und Bourgeoisie, aber auch dem Kampf, der sich in der kommunistischen Bewegung entfaltet, neue Elemente hinzu. Es zeigte sich die Notwendigkeit ihres revolutionären Wiederaufbaus, und die KKE wird sich weiterhin mit all ihren Kräften an diesen Bemühungen beteiligen.

Von Giorgos Marinos

Mitglied des Politbüros des ZK der KKE

## **Bahman Shafigh: Thesen zur Entwicklung in Kasachstan und die Haltung der Kommunisten (Januar 2022)**

*An dieser Stelle hatten wir im Dossier einen Thesenanschlag von Bahman Shafigh aufgenommen. Der Autor hat uns bedauerlicherweise darum gebeten seine Thesen aus dem Dossier zu entfernen. Wir sind der Aufforderung jetzt gefolgt, auch wenn die Thesen, unserer Ansicht nach, eine gute Ergänzung bezüglich der verschiedenen Sichtweisen darstellten.*